

Correspondent.

Bezugspreis Vierteljährlich: Bei Abholung von den Umschlagstellen 1 Mk., monatlich 95 Pf.; durch die Postämter und die Post bezogen 1,20 Mk., nach den Postämtern ins Haus 1,30 Mk. Einjahrsnummer 6 Mk.
Bestellen nachmittags 6 Uhr, demnachfalls 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach dem 1. d. d. Postämtern; in den Monatsbestellen ein Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
4seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeile oder deren Raum 8 Pf., für sechs Wochen 30 Pf., für drei Monate 80 Pf., für sechs Monate 150 Pf., für ein Jahr 280 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden nur unterer Geschäftsstelle (sonst sämtlichen Umschlagstellen) entgegengenommen.
Nachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet.
Für unzeitige Einlieferungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 56.

Donnerstag den 8. März 1906.

32. Jahrg.

Die Fleischnot — Reichsländische Regierung contra Reichsregierung.

Man scheint in den leitenden Kreisen der Reichsregierung gar keine Empfindung dafür zu haben, wie sehr der Reichsgebanke leiden und der Partikularismus gestärkt werden muß durch die Gelbenmachung eines brutalen Nachstandspunktes, wie er neuerdings wieder in dem abschlägigen Bescheid des Reichsanwalters auf die Eingabe der Anhaltischen Regierung um Zulassung von Schweinen über die belgische und holländische Grenze zum charakteristischen Ausdruck gekommen ist. Die anhaltische Regierung ist übrigens nicht die einzige, welche das Vorhandensein einer Fleischnot anerkannt hat. Die Reichsländische Regierung hat sich im Elsaß-Lothringischen Landesauschuß auf den gleichen Standpunkt gestellt und den in der Kommission einstimmig gutgeheißenen Antrag bei der Reichsregierung eingebracht, bis auf weiteres und solange der gegenwärtige Zustand der Dinge dauere, alljährlich nach Maßgabe des Bedürfnisses bis zu 50 000 Stück Schlachtschweine unter den nötigen veterinärpolizeilichen Vorkehrungsregeln aus Frankreich nach Elsaß-Lothringen einführen zu dürfen.

In hohem Grade interessant ist die Begründung, die der Regierungsvorretter in der Kommission gab und deren Studium wir dem Herrn Reichsanwalt Fürsten Bülow wie dem Preussischen Landwirtschaftsminister, Herrn v. Hobbelsiefel, nur dringend ans Herz legen können. Es heißt nämlich in dieser Begründung:

Die Reichsregierung glaube mit dem Antrage ihre Pflicht der Gesamtbevölkerung gegenüber erfüllt zu haben, ohne die Interessen der einheimischen Landwirtschaft irgendwie preiszugeben. Durch die statistischen Angaben in der Denkschrift sei unwiderräglich dargetan, daß Elsaß-Lothringen nicht den für die Fleischversorgung der Bevölkerung erforderlichen Bedarf an Schlachtschweinen produziere; früher habe das Mans aus den anderen deutschen Bundesstaaten in der Hauptsache gedeckt werden können; nachdem dieses Ausfuhrsmittel beutigen Tages verlagte, bleibe nur der Import aus dem Auslande übrig. Die einheimische Zucht werde dadurch nicht geschädigt, da sie selber, wie gefolgt, das erforderliche Quantum schlichterdinge nicht zu liefern vermöge, und eine Beschaffung aus anderen Bezugsquellen mit hin allen Umständen unvermeidlich sei. Auch unter dem veterinärpolizeilichen Gesichtspunkte ergäben sich keine Bedenken. Der Stand der Viehweiden im allgemeinen, und der der Schweinekrankheiten im besonderen sei zurzeit in Frankreich nicht ungünstiger als in Deutschland; zudem böten die bestehenden veterinärpolizeilichen Einrichtungen, sowie die besonderen für die geplante Vieheinfuhr zu ergreifenden Kontrollmaßregeln jede mögliche Gewähr gegen eine Verdrängung der einheimischen Viehhände mit der Einschleppung von Seuchen. Auf der anderen Seite ständen die berechtigten Beschwerden der Konsumenten, denen anders als auf dem angegebenen Wege nicht würde Befriedigung getragen werden können. Insbesondere habe sich der Versuch, mit der Einfuhr frischgeschlachteten Fleisches Abhilfe zu schaffen, schon unter den bisherigen Verhältnissen kaum bewährt, und werde für die Zukunft noch weniger durchführbar sich erweisen, da nicht nur vom 1. März d. J. ab eine Zollerrhöhung in Frage komme, sondern der Transport von Fleisch auf weitere Strecken mit dem Eintritt der wärmeren Jahreszeit aus natürlichen Gründen überhaupt unmöglich würde.

Schade, daß diese Stellungnahme der Reichsländischen Regierung noch nicht bei Beratung des landwirtschaftlichen Staats im Preussischen Abgeordnetenhaus bekannt gegeben ist; sie würde Herrn v. Hobbelsiefel doch wohl einengen müssen das Konzept verbodnen haben. Alle noch so raffiniert ausgeklügelten Statistiken agrarischer

Organisationen schaffen die Tatsache nicht aus der Welt, daß die Fleischsteuerung anhält, daß insbesondere die Preise für Schweinefleisch ganz exorbitant hohe sind und daß diese Kalamität einzig und allein auf den notorischen Mangel an Schlachtvieh zurückzuführen ist. Geradezu schlagend weist dies die „Danziger Ztg.“ an der Hand der dortigen Schlachthofnotierungen für den Stadtbezirk Danzig nach. Seit Anfang Januar bis zum 4. März d. J. sind auf dem Danziger Schlachthof 3131 Schweine weniger geschlachtet worden wie in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Ein Vergleich der gewählten Preise in dem gleichen Zeitraum ergibt eine Erigerung der Schweinepreise von durchschnittlich 14 bis 15 Mark pro Zentner Lebendgewicht. Der Rückgang in der Zahl der geschlachteten Schweine beträgt nicht weniger als 30 Proz. Und da wagt man in agrarischen Kreisen noch von einem „Fleischnotrummel“ zu sprechen?

Zur Lage in Russland.

Das Manifest über die Reorganisation des Reichsrats und die Abänderung des Reichsdumagesetzes gemäß dem Manifest vom 30. Oktober v. J. ist am Dienstag erschienen. In dem Manifest wird zunächst mitgeteilt, daß die in dem Manifest vom 30. Oktober angefügten gesetzgebenden Arbeiten betreffend die Reorganisation des Reichsrats und betreffend Abänderung des Reichsdumagesetzes zum Abschluß gekommen sind. Danach werden die Duma und der Reichsrat, der zukünftig zu gleichen Teilen aus vom Kaiser ernannten und aus gewählten Mitgliedern gebildet wird, alljährlich durch kaiserlichen Ulas verlagte. Duma und Reichsrat haben gleiche gesetzgeberische Befugnisse, sie haben in gleicher Weise das Recht der Initiative bezüglich der Einbringung von Gesetzesvorlagen und ebenso das Recht, Fragen an die Minister zu richten. Jede Gesetzesvorlage muß, ehe sie dem Kaiser zur Sanction vorgelegt wird, von der Duma und vom Reichsrat angenommen sein. Gesetzesvorlagen, die von einer der beiden gesetzgebenden Körperschaften abgelehnt worden sind, werden dem Kaiser nicht zur Sanction vorgelegt. Duma und Reichsrat haben beide das Recht, die Wahl ihrer Mitglieder für ungültig zu erklären. In dem Manifest wird dann angeklügelt, daß der Befehl zur Ausarbeitung von Finnland und Ausland gleichzeitig interessierenden Gesetzen durch besondere Ulas ergeben wird; das Manifest schließt mit der Erklärung, der Kaiser hege die Hoffnung, daß die Teilnahme von Vertretern des Volkes an der Gesetzgebung zu der wirtschaftlichen Wohlfahrt des Reiches beitragen und die Einheit Russlands befestigen werde.

Gleichzeitig mit dem Manifest sind Ulas veröffentlicht worden, welche die neuen Gesetze betreffend Bildung der Duma und des Reichsrates enthalten. Die Wahlmitglieder des Reichsrates werden für neun Jahre gewählt, alle drei Jahre finden für ein Drittel der Mitglieder Erneuerungswahlen statt. Jede Samstagsversammlung in den Gouvernements wählt ein Mitglied. Sechs Mitglieder werden von den orthodoxen Synoden gewählt, sechs von den Vertretern der Akademie der Wissenschaften und der Universitäten, zwölf von den Vertretern der Handelsbörsen und der Industrie, 18 von den Vertretern des Adels und 6 von den als Kongress in Warschau zusammengetretenen Vertretern der Grundbesitzer Polens. Die Kongresse der Vertreter der Wissenschaft, des Adels, des Handels und der Industrie treten zur Wahl ihrer Mitglieder im Reichsrat in Petersburg zusammen. In den Provinzen des europäischen Russlands, wo keine Semstwo bestehen, treten am Hauptorte der Provinz Kongresse der Vertreter der Grundbesitzer zusammen, um jeder ein Mitglied des Reichsrats zu wählen. Die Mitglieder des Reichsrates müssen 40 Jahre alt und im Besitze des Bildungszeugnisses sein. Der Präsident und der Vice-

präsident des Reichsrates werden vom Kaiser ernannt. Die gewählten Mitglieder des Reichsrates erhalten während der Tagung eine Entschädigung von 25 Rubel pro Tag. Die Sitzungen des Reichsrates wie die der Duma sind öffentliche. Der Schluß der Debatte kann durch einfache Stimmenmehrheit beschlossen werden. Weder Reichsrat noch Duma haben das Recht, Deputationen zu empfangen oder Mitschriften entgegenzunehmen. Die Minister können Mitglieder der Duma sein und haben dann auch das Recht, ihre Stimme abzugeben. Die von beiden gesetzgebenden Körperschaften angenommenen Gesetze werden der Sanction des Kaisers durch den Präsidenten des Reichsrates unterbreitet. Die Mitglieder beider Körperschaften genießen während der Tagung persönliche Immunität und dürfen ohne vorherige Zustimmung des Reichsrates bzw. der Duma nicht verhaftet werden, ausgenommen wenn sie auf frischer Tat erriapt werden oder wegen in Ausübung ihres Amtes begangener Vergehen.

Das russische Verkehrsministerium hat eine Kommission ernannt mit dem Auftrage, Vorschläge für die Vermehrung und Verbesserung der Transportmittel der hauptsächlichsten Linien des Staatsbahnenetzes auszuarbeiten. Ferner hat das genannte Ministerium dem Minister eine Gesetzentwurf vorgelegt, nach welchem Lokalbureaus gebildet werden sollen, die unter Mitwirkung von Vertretern der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie den Transport von Getreide auf den Eisenbahnen zu regeln haben.

Der Priester Gapon befindet sich wieder in Berberöburg. Ohne von der Polizei belästigt zu werden, präbidierte er nach dem „Lof-Anz.“ eine Arbeiterversammlung, in der es sehr lebhaft zugeht, namentlich als das Thema von den verführunden 30 000 Rubeln behandelt wurde. Einer der Genossen, namens Fjodorowitsch, auf dem Verdacht ruht, daß er 5000 Rubel dieser Summe erhalten hat, zog einen Revolver hervor und erschoss sich. Gapon will ein Gerichtsverfahren gegen sich erzwängen, wie er heute in einem offenen Briefe der Redaktion der „Rus“ mitteilt. Vielleicht erfährt man endlich auf diesem Wege, ob Gapon wirklich in Diensten der Geheimpolizei gestanden hat. — Auf Zeternbergung wird gemeldet: Im dortigen Gefängnis sind 60 politische Verbrecher interniert, von denen über die Hälfte beschloßen, zu hungern. Seit sechs Tagen rühren sie keine Speisen mehr an.

In Russisch-Polen herrscht infolge zahlreicher Streiks entseßlicher Mangel. In Warschau sind laut amtlicher Statistik 200 000 Menschen arbeitslos und dem Hunger völlig preisgegeben.

Die Rage der Anarchisten. In Djesa wurde am Montag auf dem Alexander-Prospett in einer Kade, in dem sich die Polizei unläufig auf die Lauer gelegt hatte, um 2 Anarchisten zu verhaften, eine Bombe geschleudert. Das Geschloß richtete große Verwundungen an und verletzte den Besitzer des Ladens und einen Kommissar schwer. Die Täter entkamen. — Am Montag drangen Anarchisten in eine Bäckerei ein, bemächtigten sich der Kasse mit 150 Rubeln und entkamen damit. Als sie verfolgt wurden, schleuderte ein junges Mädchen, das sie begleitete, eine Bombe, durch die ein Vorübergehender tödlich verletzt wurde. Die Schuldigen entkamen.

In Eflis wurde ein Kandidat der Kontrollkommission, der in einem Wagen 7000 Rubel, die er von dem Schahamat geholt hatte, fortrabte, von drei Männern überfallen und durch Revolvergeschüsse getötet. Die Verbrecher sind mit dem Gelde entkommen, doch wurde einer nachher getötet und einer gefangen genommen.

Politische Uebersicht.

Die Maroffo-Konferenz hatte am Montag eine Komiteezugung. Entsprechend dem Geschäftsordnungsbefehl der letzten Plenarsitzung wurde in eine vertrauliche Erörterung der Polizeifrage ein-

getreten. Der zweite russische Delegierte Bagaracht entwickelte die unabweisbare Notwendigkeit, den in Marokko angehenden Fremden sowie den in Marokko verkehrenden Europäern und Amerikanern unverzüglich durch eine mögliche Verbesserung der Sicherheit in den Hafenstädten beizuhelfen. Dies sollte geschehen, indem eine Polizeio-rganisation mit französischen und spanischen Offizieren vom Sultan geschaffen werde. Im Prinzip läuft dieser Vorschlag auf das Programm Frankreichs hinaus, wonach bekanntlich dem Sultan die politische Organisation überlassen bleiben sollte, vorausgesetzt, daß er nur spanische und französische Offiziere dazu beruft. Der Vorschlag war von Deutschland bekanntlich als unannehmbar bezeichnet worden mit der Motivierung, daß das nur auf eine Nachterweiterung Frankreichs in Marokko hinausläufe. Der deutsche Delegierte von Radomski hat nun in dieser Montagssitzung den russischen Vorschlag, der von Frankreich natürlich akzeptiert worden war, nicht direkt zurückgewiesen, sondern die Prüfung desselben zugesagt. Gegen Deutschland scheint sich aber die alte Weisheit zusammenzufinden zu wollen wie am Sonntagabend, denn Spanien, England und Portugal stimmten dem russisch-französischen Programm zu.

Oesterreich-Ungarn. Baron Banffy hat in einem an Kossuth gerichteten Schreiben seinen Austritt aus der Koalition und den leitenden Komitee erklärt. Er begründet diesen Schritt damit, daß die Koalition sich nicht für das allgemeine Stimmrecht erklärte, das einen wesentlichen Punkt in dem Programm Banffys bilde, auch könne er nicht länger die Koalition unterstützen, da es nach den letzten Äußerungen Kossuths das Ziel der Koalition sei, unter Aufhebung des Dualismus die Personalunion mit Oesterreich zu begründen. Nach den Anschauungen Banffys sei aber die Personalunion auf friedlichem Wege nicht durchzuführen, auch würde die Personalunion den Untergang der Oromachststellung der Monarchie bedeuten. — An der österröschischen Wahlrechtsvorlage haben die Parteien allerhand ausgesetzt. Die Deutsche Volkspartei hat die im Entwurf vorgesehene Wahlrechtsstellung für unannehmbar bezeichnet und wird in der Ausföhrung auf Befestigung der Mängel dringen. Der Polenklub nahm eine Resolution an, die besagt, der Klub erkenne die Notwendigkeit einer Wahlreform im Sinne des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts an. Der Regierungsentwurf sei jedoch unannehmbar, weil die für Galizien vorgesehene Zahl der Mandate zu gering sei, und weil die Vorlage die Autonomie der einzelnen Länder nicht erweitere. — Im österröschischen Abgeordnetenhaus erklärte am Dienstag in Beantwortung einer Interpellation der Leiter des Eisenbahnministeriums, daß am 3. d. M. das Verstaatlichungsübereinkommen in betreff der Nordbahn mit rückwärtiger Kraft vom 1. Jan. d. J. abgeschlossen ist. Dieses Übereinkommen würde seine rückwärtige Kraft verlieren, wenn der Verstaatlichung die verfassungsmäßige Genehmigung nicht bis zum 30. Juni erstet werden sollte. Die Regierung werde nicht unterlassen, die erwünschte Vorarbeiten zu parlamentarischer Behandlung und Ausschüßfassung einzubringen. Dem Hause ist das Gesetz über die Beitragsleistung zu den Kosten der gemeinsamen Angelegenheiten für 1906 ausgegangen. — In Lemberg fand, obwohl der Ausstand des Hilfspersonal der Druckereien noch andauert, die Zeitungen heute nachmittag erschienen.

Frankreich. Der König von England hat am Dienstag vormittag Paris verlassen und sich nach Biarritz begeben. — In Paris versuchten am Montag 2000 junge Leute nach dem Lysee zu marschieren, um gegen den Präsidenten Fallières zu demonstrieren, sie wurden jedoch von einem starken Polizeiaufgebot vertrieben, dabei kam es zu Aufruhr. — Die französische Deputiertenkammer begann am Dienstag die Beratung des Marinebudgets. Admiral Dienaim wies auf die Notwendigkeit eines bestimmten Flottenprogramms hin und trat für das Turbinensystem und für Abschaffung der mittleren Geschütze und Einheits des Kalibers für die leichte Schiffsartillerie ein. Redner forderte, man solle außerdem Panzerkreuzer zu bauen, heute brauche man große Panzerschiffe. Mit einem Jahresbetrage von 325 Millionen francs könne Frankreich die stärkste Flotte der Welt haben, wenn es nur große Panzerschiffe baute, und brachte schließlich einen Antrag ein, durch den die Regierung aufgefordert wird, ein vollständiges Flottenprogramm auszuarbeiten. — Auf der deutschen Volkspartei in Paris fand Montagabend zu Ehren des Kammerpräsidenten Doumer und Gemahlin ein Diner statt, welchem u. a. bewohnten der Minister des Innern mit Gemahlin, der türkische Botschafter, der japanische und der serbische Gesandte, der Generalgouverneur von Paris. Der dann folgende Empfang verlief in der glänzendsten Weise. Zu demselben erschienen zahlreiche Persönlichkeiten der Offizierswelt, das gesamte

diplomatische Korps, Mitglieder der aristokratischen Gesellschaft, viele Deputierte, Senatoren usw. — Mit Gewehrschüssen empfangen wurde in Le Ray (Dep. Haute Loire) am Montag der mit der Aufnahme des Inventars in der Kirche von Brevenet beauftragte Beamte, den 30 Gendarmen und eine Kompanie Infanterie begleiteten. Auch mit Steinen wurde geworfen; der Beamte wurde durch mehrere Steinwürfe im Gesicht verletzt und lag sich nach der benachbarten Dreiföhr Monastier zurück. — Das Judowahlgesetz in Le Ray (Dep. Haute Loire) verurteilte den Parrer Plantier, Vikar in Bossiere, welcher auf die Gendarmen, welche den Finanzinspektor beschützen sollten, mit Glas- und Flaschenwürfen geworfen hatte, zu zwei Monaten Gefängnis. Als der Präsident des Gerichts das Gebäude verließ, wurde er von der Menge beschimpft und mißhandelt.

England. Im englischen Unterhaus verlas am Montag der Staatssekretär für Indien, Morley, ein Telegramm des Vikönigs von Indien, welches mitteilt, daß sowohl er, der Vikönig, als Feldmarschall Lord Kitchener sich bemühen werden, die erfolgreiche Wirksamkeit des von Morley aufgestellten abgeänderten Planes für die Verwaltung des indischen Heeres zu sichern. Hierdurch gilt der Streit über die Heeresorganisation, der zum Rücktritt des Vikönigs Lord Curzon geführt hat, als endgültig erledigt. Im weiteren Verlaufe der Sitzung erklärte der Premierminister Campbell-Bannerman, der von seiner Unabstuftheit wieder hergestellt ist, im Laufe dieser Woche würden weder Balfour noch Chamberlain den Sitzungen beiwohnen können, daher sollte die Erörterung der Zollreformfrage noch weiter vertagt werden.

China. Die Nachricht von der Erkrankung der Kaiserin-Witwe von China ist unrichtig. Die alte Dame erweist sich der besten Gesundheit. — Der japanische Einfluß in China ist schon jetzt dominierend. Es ist nur eine Behauptung dessen, was alle Welt voraussah, wenn heute telegraphisch aus London gemeldet wird, der japanische und der chinesische Gesandte hätten der britischen Regierung den Text eines chinesisch-japanischen Bundesvertrages mitgeteilt, der Japan weitreichenden Einfluß auf dem Felde politischer und kommerzieller Tätigkeit in China einräumt. Der Bundesvertrag erregt in allen diplomatischen Kreisen Londons bedeutendes Aufsehen. — Das den Engländern noch einmal künge werden wird ob dem gelben Fieber, den sie großgezogen haben, ist vorauszusetzen. — Wie „Daily Telegraph“ aus Tokio meldet, haben die Vertreter Japans in China ihrer Regierung Vorstellungen wegen der drohenden Lage gemacht und Schüßmäßregeln erbeten. Infolgedessen ist beschlossen worden, den Kreuzer „Tatsufuchi“ nach China zu entsenden. Nach demselben Blatt hat die Kaiserin-Witwe von China den Kriegsminister unter Anbrohung strenger Bestrafung angewiesen, besondere Maßnahmen zum Schutze der Missionare zu treffen.

Südamerika. In Uruguay herrschte bis Dienstag mittag vollständige Ruhe. Die wirtschaftliche sowie die finanzielle Lage ist fest. Der Präsident wird am Mittwoch der Kammer eine Botschaft zugehen lassen, worin betont wird, daß der Frieden erhalten werden soll.

Deutschland.

Berlin, 7. März. Der Kaiser unternahm Montag nachmittag einen Ausritt im Tiergarten. Abends fand bei den Majestäten ein Diner statt. Dienstag morgen unternahm das Kaiserpaar wieder einen Spaziergang im Tiergarten; der Kaiser besuchte darauf den Reichsfängler, empfangt im lgl. Schloß den Marinemaler Hans Bohrdt und hörte die Vorträge des Chefs des Marinekabinetts und des Chefs des Admiralstabes der Marine. Später folgte der Kaiser einer Einladung zur Frühstückstafel beim Generalintendanten v. Hülsen. — Nachmittags 12^{3/4} Uhr empfing der Monarch im königlichen Schloße den bisherigen japanischen Gesandten Inouye in Audienz und nahm ein Schreiben des Kaisers von Japan entgegen, durch das Herr Inouye in der Eigenschaft eines außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafters am Berliner Hofe beglaubigt wird. Der Audienz wohnte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Tschirschky und Bogenhoff bei. Am Abend traf der Kaiser mit Automobil von Berlin um 7 Uhr 20 Min. in Potsdam im Offizier-Kasino des Regiments Gardes-du-Korps ein und nahm an dem Alten Herren-Abend des Offiziers-Korps teil.

— Prinz Albrecht von Preußen, der Regent von Braunschweig, wird sich Mittwoch früh nach San Sebastian in Spanien begeben, wo er einen vierwöchentlichen Kuraufenthalt nehmen wird. — (Zu der Robilitierung der Herren Friedländer, Caro, Wilschek und Schwabach) die in den Kreisen des ostelbischen Adels und unter den Anusiemten große Aufregung

verursacht hat, schreibt die „Köln. Volksz.“, es verlaufe, daß die betr. Herren auch sehr reelle Beweise einer „adeligen“ Gefinnung gegeben haben, nämlich in Gestalt von Beiträgen zu der Zeitschrift „Kölnische Blätter“ für Unterstüßung von Offizieren. Diefelbe war bekanntlich früher von dem Fürsten Guido Hensel zu Donnerstags angeteigt und vielfach kritisiert, so daß der Fürst zurücktrat. Die Sammlung ist aber weiter geführt worden, und wie man hört, wurde der Betrag dem Kaiser bei seiner Silberhochzeit überreicht. Der Hofbericht hat das angeblich weggelassen, um nicht wieder zu kritischen Kommentaren Anlaß zu geben. — Dafür werden sich an die Meldung des rheinischen Zentrumsblattes nun erst recht viele kritische Kommentare anschließen.

— (Dem Abg. Eugen Richter) hat die Landtagsfraktion der Freisinnigen Volkspartei aus Anlaß seines Scheiterns aus dem Abgeordnetenhaus eine Adresse überreicht. Der Einband zeigt unter einem die Initialen seines Namens umschließenden Kranz die Beginn und Abschluß der parlamentarischen Tätigkeit Eugen Richters im Abgeordnetenhaus fernereinenden Zahlen 1869—1905. Das Titelblatt ist geschmückt oben mit dem Bild des alten Abgeordnetenhauses am Donnersplatz, unten mit dem Bild des neuen Abgeordnetenhauses in der Prinz Albrecht-Straße und trägt folgende Widmung: „Eugen Richter in Dankbarkeit die Fraktion der Freisinnigen Volkspartei im Preussischen Abgeordnetenhaus 1906.“

— (Minister Studt und die Lehrer.) Man hat sich schon oft über die eigenartige feindselige Stellung des Ministers den Lehrern gegenüber geäußert. Vielleicht kann folgender Vorfall einige Klarheit darüber schaffen. Als sich im Jahre 1905 ein Schulbeamtener von dem Minister verabschiedete, soll Herr Studt gesagt haben, er halte einen großen Teil der Lehrer in den größeren Städten für Sozialdemokraten und Atheisten. Der höhere Beamte suchte diese Ansicht aus seiner Erfahrung zu widerlegen; der Minister antwortete jedoch: „So lauten die Berichte an mich, und den muß ich glauben.“

— (Das Lotteriekabkommen zwischen Anhalt und Preußen) ist im anhaltischen Landtag in dritter Lesung angenommen worden. Danach wird ausschließlich die preussische Lotterie in Anhalt zugelassen, wofür Anhalt von Preußen eine jährliche Entschädigung von 133.000 Mk. erhält.

— (Aus der Wahlrechtsdebatte in der Hamburger Bürgerschaft) am legten Mittwoch berichtet der „Vorn.“ folgendes: Der Freisinnige Richterscher Oberverwandter und Führer der Linken, Hausmaler Rhode, verurteilte sich als Wadenkreuzer, indem er unseren Genossen Siebel der erbärmlichsten Verleumdungen des Hamburger Bürgertums bezüchtigte, womit er die Notwendigkeit des Wahlrechtskampfes bewiesen zu haben glaubte. — Das ist wieder eine der frivolsten Verleumdungen, mit denen die sozialdemokratische Presse die ihr besonders verhasste Freisinnige Volkspartei zu verfolgen beliebt. Der Hausmaler Rhode hat mit der Freisinnigen Volkspartei überhaupt gar nichts zu tun. Er ist nicht nur nicht Mitglied der Partei, sondern hat sie vielmehr während des Wahlrechtskampfes angegriffen. Die Führer der Freisinnigen Volkspartei in der Hamburger Bürgerschaft, die Herren Menzel, Güntermann und andere, haben dem Rhodeschen Standpunkt im Gegenteil auf das Schärfste opponiert.

— (Marinenaachrichten.) Der ausreisende Abföhrungsstandort für „Gondor“ mit dem Dampfer „Scharnhorst“ ist am 4. März in Genoa eingetroffen und geht am 6. d. M. nach Neapel weiter. „Tiger“ ist am 3. März in Swinau angekommen. „Luß“ ist am 5. d. M. in Swinau eingetroffen und am selben Tage nach Nagasaki weitergegangen. „Borussia“ mit dem Abföhrungsstandort für Kiautschau ist am 2. März in Singtau eingetroffen.

Reklameteil.

„Henneberg-Seide“
v. Mk. 110 ab 1 Zollfrei
Muster an Jedermann!
Nur direkt v. Seidenfabrik Henneberg, Zürich.

Bei Nishagitis (engl. Nanthett)
zur Unterstüßung der Knochenbildung bei Kindern
Schering's Malzertrakt mit Kalk
N. 100 n. 200.
Schering's Grüne Apothek., Berlin, Gauspfeiler 19.
Niederlagen Merseburg: Dom- und Stadt-Apothek.

In Fleisch und Blut muß es übergehen,
eines schönen Teints nichts, daß es s. Erzielung
besseres gibt als die Myrrhölseife.

Anzeigen.

Für diesen Teil übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Familien-Nachrichten.

Dankfagung.

Für die überaus zahlreichen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Begräbnis unserer lieben unvergesslichen Mutter sagen wir allen Beteiligten unseren innigsten Dank.

Oschmieder Schmieder.

Bekanntmachung.

An Stelle des Veringeneius Zimmermann ist der Bergarbeiter Klein zu Halle a. S., Magdeburger, Nr. 8, als technischer Aufsichts- und Rechnungswesen für den Bezirk der Section IV der Knappschafts-Versicherungsgesellschaft vom 1. Januar 1906 ab angestellt und vom Reichs-Versicherungsamt gemäß § 119 des Gewerbe-Unfalls-Versicherungsgesetzes bestätigt worden.

Merseburg, den 1. März 1906.

Der Königliche Landrat.

Wenzl v. Pankowille.

Große Nachlass-Auktion.

Am Sonnabend den 10. März 1906, von vormittags 9 Uhr an,

werde ich im Restaurant „Zur guten Quelle“, Scauffitz 9, eine Anzahl Nachlassgegenstände, als: 1 Schreibsekretär, 1 Schreibtisch, 2 Schränke, 1 Mahagoniausziehtisch, 5 Tische, 3 Sofas, 6 Rohrstühle, 1 Polsterstuhl, 1 Küchenstuhl, 2 Kommoden, 1 Küchenschrank, 1 Brotschrank, 2 Schreibpulte, 2 eiserne und 2 Holzbettstellen mit Matratzen, Federbetten, 1 Blumentisch, 1 Waschtisch, ein Spiegel, 1 Hängelampe, 1 Stufenleiter, 1 Küchenregal, verschied. Handwerkszeug

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung veräußern.

Merseburg, den 6. März 1906.

Fried. M. Kunth.

In Auktion

am Sonnabend den 10. d. M. im Restaurant „Zur guten Quelle“ kommt auch 1 Schuhmacher-Nähmaschine mit Zubehör, 2 Regale, drei Schemel, Reißer, 1 Werttisch etc. zur Versteigerung.

Fried. M. Kunth.

2 Wohnungen,

360 und 225 M., sofort oder später zu vermieten.

Markt 26.

Wohnung, 2 Stuben, Kammer, Küche nebst Zubehör zum 1. Mai zu beziehen.

Deberleinstraße 18.

Jünger Mann sucht bis 15. d. M. unabhängiges Logis

als Alleinbewohner. Offerten mit Preisangabe unter **P H** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Wohnung, 2 Stuben, 2-3 Kammern, Küche mit Zubehör, per 1. April gesucht. Off. unter **6 M** in der Exped. d. Bl. niederzulegen.

Eine herrlich. barriere Wohnung, 5 Zimmer, Küche, Speisekammer und Zubehör mit Vorgarten 1. Juli zu beziehen. Offerten unter **C D** in der Exped. d. Bl. niederzulegen.

Zum 1. Oktober

suche ich eine Wohnung, bestehend aus 3 Zimmern, 2 Kammern, Küche mit Speisekammer, Wäsch- und Bodenlammer, sowie Zubehör. Angebote mit Preis erbitte.

Heg. Str. Prützsch, weiße Mauer 16 I.

Gut möbl. Zimmer

nebst Schlafkabinett sofort zu vermieten und zu beziehen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Möbliertes Zimmer mit Kabinett

sofort oder 1. April zu vermieten. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Ein gut möbl. Zimmer

zu vermieten.

Lindenstraße 12, 1. Etage.

Freundl. Schlafstelle

offen.

Grühl 17 I.

Schlafstelle,

dolle Post und Wäsche, wird für einen Verleihung zum 1. April gesucht. Angebote mit Preisangabe pro Woche unter **R K 100** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Laden Entenplan 2

nebst Lagerkammer sofort oder später zu vermieten.

P. Ehlerst, vorm. Aug. Perl.

Markt 21/22.

Kleine Villa,

nen, 8 Zimmer, Keller, Stallung, Garten, Wasserleitung, passend als Pächter, sofort zu verkaufen. Preis 7700 M. Anzahlung 2000 M.

Madevel, Laßstraße 2.

Kaiser-Wilhelms-Halle.
 Dienstag den 13. März 1906
Leipziger Krystallpalast-Sänger.
 Neues Programm.

Kaiser-Wilhelms-Halle, Merseburg.
 Nur 4 Tage! Nur 4 Tage!
 Donnerstag den 8., Freitag den 9., Sonnabend den 10. und Sonntag den 11. März:
Der Phono-Kinematograph
 die lebenden, sprechenden Riesen-Photographien.
 In höchster Vollendung. Absolut kimmerfrei. Streng dezentestes Familien-Programm.
 Aus dem Riesenprogramm, welches zu 5000 der neuesten Tableaux enthält, seien besonders hervorgehoben: Marotto in sieben Abteilungen, genauer Ueberblick des Sanktus und sein Her. Das Duß in den goldenen Eisen. Stoppelband des ersten Schiffes der Welt. Kaiserin Augusta Viktoria. Eine Parade der König von Spanien in Berlin. Die große Schiffahrt. Der Kometen in Venedig. Der neue Luftballon. Der letzte Mündling. Der verstaubte Wagnersohn. Eine große Entdeckung. Die drei Hahnen des Wunders. Jollivion. Heiratsagentur. Das moderne Klavierwesen der Automobil. Venedetta. Schwanz aus der italienischen Oper. Die kleinen Landstreicher. Die Folgen der nächtlichen Murren. Überwiegend Wiesemann. Der freie Ozean. Arbeiterrennen in Liverpool. Die große Entdeckungsluft der Marfen und Johnson in der Lufthafentrafik. Die Erscheinungen des Schiffsleiters. Das wunderbare Stammbuch u. s. w.
 Täglich neues Programm.
 Es findet täglich eine große Haupt-Abend-Vorstellung statt und zwar abends von 8 1/2 - 11 Uhr.
 Billets nur an der Kasse und im Restaurant. Einlaß 7 Uhr.
 Eintrittspreise: Nummerierter Platz 75 Pf., 1. Platz 60 Pf., 2. Platz 40 Pf., Gallerie 25 Pf.
 Sonnabend und Sonntag eine große Kinder- u. Familien-Nachmittag-Vorstellung von 4 - 6 1/2 Uhr mit vollem Programm. Einlaß 3 Uhr.
 Zu diesen Nachmittags-Vorstellungen kann jede erwachsene Person ein Kind frei einführen. In übrigen zahlen Kinder zu diesen Vorstellungen nur halbes Entree.
 Dir. H. J. Fey, Leipzig.
 Preise 1000 M. Demjenigen, der meine Vorstellungen übertrifft.

Nach an die hiesigen Blage beschaffigen wir ein
Wälzisches Weinhaus
 zu erziehen, in welchen einige Marken unserer bekannnten Originalweine in halben Schoepentafeln verkauft werden sollen. Unsere Originalweine bieten dem Publikum die höchste Gewähr für Echtheit und sind in Bezug zu nützlich, das sie allgemein dem Biere vorgezogen werden, weshalb hoher Umsatz und somit große Rentabilität gekichert ist. Einen tüchtigen Restaurateur übertragen wir dem alleinigen Anstehen und ev. auch den Handel in dortiger Gegend und bitten wir Restauranten sich mit uns in Verbindung zu setzen.
 Chr. H. Tengelmann, Speyer a. Rhein.

Nachruf.
 Sonntag mütig um 12 1/2 Uhr starb nach kurzen schweren Leiden unser lieber Kollege und Vereinsmitglied, der Post-schaffner a. D.
Wilhelm Gräser.
 Wir verlieren in ihm einen treuen Freund und braven Kameraden, dem wir ein ehrendes Andenken auch über das Grab hinaus bewahren werden.
 Merseburg, den 8. März 1906.
 Der Post- und Telegraphen-Untersbeamten-Verein.

Laden Entenplan 6,
 Barriere und 1. Etage, sofort oder später zu vermieten. Näheres **Markt 26.**

Kleines Wohnhaus
 in gutem Zustande ist preiswert zu verkaufen. Offerten unter „Hausverkauf“ an die Exped. d. Bl. erbeten.

Suche gutgehendes Geschäft
 erent. mit Grundstück zu kaufen. Agenten zweifels. Offerten unter **J H 26** an die Exped. d. Bl.

Ein Petroleumkocher und ein Fahrrad
 zu verkaufen **Marktstraße 13 I.**

20 gebrauchte Fenster,
 95x165, billig zu verkaufen **Wadenel 7, Laßstraße 2.**

Dauerhafter Kinderwagen,
 aufs Land passend, für 8 M. zu verkaufen. Zu erfr. in der Exped. d. Bl.

Gut erhaltener Sportwagen
 zu kaufen gesucht. Offerten unter „Sportwagen“ an die Exped. d. Bl.

Ein 7-jähriger Blauschimmel,
 der sich als Aderpferd eignet, ist preiswert zu verkaufen **Gotthardstraße 16.**

Baumwachs
 in Stangen und Kistly, nach Vorschriften erhaltener Güter angefertigt.

Best bester Qualität
Oscar Leberl,
 Drogen und Farben, **Burgstraße Nr. 16.**

Ein fast neues Fahrrad
 mit Freilauf ist preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Bräutleuten
 empfehle mein großes
Möbel-, Spiegel- und Polster-warenlager
 bei guter Arbeit zu billigen Preisen. J. B.:
 Aufb.-fourn. Schrank von 68 M. an.
 Aufb.-ladierter Schrank von 25 M. an.
 Aufb.-fourn. Bettlino von 68 M. an.
 Aufb.-ladierter Bettlino von 40 M. an.
 Aufb.-polierter Stieglisch von 18 M. an.
 Ladierter Bettstelle von 12 M. an.

W. Borsdorff,
 Schmalzfr. 27. Nähe des Marktes.
 Der beste Dünger ist
Beru-Guano,
 „Füllhornmarke“,
 der sich seit 40 Jahren bei allen Kulturen vorzüglich bewährt hat.

Konfirmanden-
 Genden mit Spitze 90 Pf.
 Sackentenden 90 Pf.
 Sticker-Röde Mkt. 2.00
 Sackent-Röde Mkt. 1.50
 Fach-Hinter Röde Mkt. 2.00
 Haarse-Bausch Röde Mkt. 1.50
 Korsetts Mkt. 1.00
 Schultertücher Mkt. 1.00
 Jacketts mit losen Rücken Mkt. 3.50

Theodor Freytag,
 Hofmarkt 1.
 Neu aufgenommen
Nr. 4711.
Eau de Cologne
 (Zettseifen).
 Brimolide zu 25 und 50 Pf., in hochfeinen Gerüchen empfiehlt
E. Müller, Markt 14,
 Seifen, Parfüm- u. Lichtgeschäft.
 Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Mastrindfleisch!
 Rostfleisch a Pfd. 55 Pf.,
 Bratenfleisch a Pfd. 65 Pf.
 empfiehlt fortwährend
E. Nürnberger.

Selbstgekochtes
hochfeines Pflaumenmus
 empfiehlt
A. Speiser.

Seute
frisch geräucherter Heringe.
Max Faust, Burgstraße 14.
 Große vollständige
Apfelsinen
 a Stück 5 und 6 Pf. empfiehlt
W. Schumann, Unteraltendurg 20.

Arbeits-Nachweis.
 Handwerkermeister und Landwirte erhalten
 menigentlich Güteschritte zugewiesen.
 (Hiesige Arbeitjuchende erhalten den Vorzug.)
Verberge zur Heimat Merseburg.
 Zu bevorzugen Saison empfiehlt wir uns
zur Anfertigung
 von Koffinen, Paletots, Jacketts u. Umhängen
 nach Maß, zu billigen Preisen.
Geschwister Bergmann,
 Delgrube 8.
 Wegen Familienfeier bleibt mein
 Geschäft heute von 2 Uhr an
geschlossen.
August Preusser,
 Bäckermeister.

Von der Uebung
zurück.
Dr. Witte.

Kaiser's Tee

neuester Ernte
eigener Einfuhr
nach dem neuen niedrigen Einfuhrzoll versteuert
zu bedeutend ermässigten Preisen

soeben eingetroffen. Man verlange:

Kaiser's Tee	das Pfd. zu Mk.	1,00	früher Mk.	1,50
Kaiser's Tee	" " " "	1,50	" " "	2,00
Kaiser's Tee	" " " "	2,00	" " "	2,50
Kaiser's Tee	" " " "	3,00	" " "	3,50
Kaiser's Tee	" " " "	4,00	" " "	4,50

Kaiser's Ceylon-Tee in Paketen a 1/5 Pfd. das Paket 30 Pf.
Kaiser's Ceylon-Tee in Paketen a 1/10 u. 1/5 Pfd. das Paket 25 und 45 Pf.

Kaiser's Kaffee-Geschäft

G. m. b. H.

Europas grösster Kaffee-Rösterei-Betrieb.

Fabriken: Viersen, Berlin, Breslau, Heilbronn, Basel.
Schokoladefabrik in Viersen.

Filiale in

Merseburg, Gotthardtsstrasse 32.

Hochfeines
süßes Pflaumenmus
a Pfund 25 Pf. empfiehlt
W. Schumann,
Unteraltendamm 20.

Reichskrone.

Sonntag den 11. März,
abends 8 1/2 Uhr,
Gastspiel Tichy's Hallechen
Variété-Ensembles.

Elite-Künstler-Vorstellung

mit einem für hier neuen geschäftlichen
ganz begrenzten Familien-Programm
3 Personen. 3 Personen.

The Ottorus-Tichy,

elektr. Mephisto-Sensation.
War im Walhalla- u. Apollo-Theater zu
Halle engagiert.

Frl. Wagner,

Niederländerin, Altistin. War im Walhalla-
und Apollo-Theater zu Halle engagiert.

Ch. Tichy,

das klassische Balangé-Wunder.
War in vielen Anstalten Gegenstand
wissenschaftlicher Demonstration. Auch in
Halle Demonstration vor Prof. Dr. von
Dramann, Apollo-Theater-Halle,
und weitere Spezialitäten.

Vorverkauf bei Herrn Kaufmann
Frahert 1. Ja. Leop. Meißner, Zigarren-
Geschäft, und in der „Reichskrone“ 1. Platz
50 Pf., Meißnerer Platz 75 Pf. An der
Abendkasse 1. Platz 60 Pf., Meißnerer 1. Pl.
Gallerie nur an der Abendkasse 30 Pf.

Amphhäuser.

Heute abend
Salzknochen mit Meerrettich,
Sauerhohl u. Erbsbüree.
Sonntag nachmittag von 4 Uhr an
Wurstauskegeln.
Dazu ladet ergeben ein.
E. Schmidt.

Für guten Quelle.

Von heute ab
Salvator
so lange der Vorrat reicht. 1/10 Gl. 25 Pf.

RAUMANN'S weltberühmte Nähmaschinen

für Familiengebrauch und Handwerker sind unübertroffen die besten. Dieselben eignen
sich vorzüglich zum Stäbchenstich und zur modernen Kunstnähererei.
Ich empfehle dieselben zu billigsten Preisen, auch gegen Abzahlung.
Reelle Garantie. Unterrichts gratis.

Schmidt'sche Nähmaschinen, Dampf-Nähmaschinen
neuester Konstruktion.

Wringmaschinen mit prima Gummivalzen.

Neue Bezüge auf alte Wringmaschinen sofort.

H. Baar, Merseburg, Markt 3,

Fahrad- u. Nähmaschinen-Handlung. Reparatur-Werkstatt.

Zurück zur Natur

zu einfacher und gesunder Ernährung führen die Anweisungen,
welche in Dr. Deiter's Büchern enthalten sind. Kuchen,
Weißbrot und Nachtische bereitet man stets mit
Dr. Deiter's Backpulver a 10 Pfg. (3 Etd. 25 Pfg.) und
den millionenfach bewährten Dr. Deiter's Bubbings-Pulver
a 10 Pfg. (3 Etd. 25 Pfg.)

Gut und kräftig im Geschmack werden Suppen und Speisen mit

MAGGI'S Würze.
Man würze stets erst beim An-
richten, nicht mitkochen.
Bestens empfohlen von
F. Franz Herrfurth, H. Ritterstr. 3.

Ein sehr großer Transport erst-
klassiger
**Wilster-Marsch-, sowie
ostfriesische, hochtragende
u. neumilchende Kühe**
ist wieder bei mir eingetroffen.

L. Nürnberger.



Braunsdorf.

Sonabend den 10. März
**Großes
Extra-Konzert,**
ausgeführt vom Trompeter-Corps
des Pfanstädter Feldartillerie-Regts.
Nr. 75 unter persönlicher Leitung
des Agt. Musik-Dirigenten Herrn
F. Stade.
Nach dem Konzert 7 1/2 Ball. —
Anfang 7 1/2 Uhr.
Es laden freundlich ein
F. Stade, Dirigent. F. Müller, Gastwirt

Schultheiss.

Freitag großes
Schlachtfest.
Morgens ab 10 Uhr Wellfleisch.
Abends
fr. Bruch mit Kartoffelsalat.
Donnerstag abend
frische Bratwurst.

Hubold's Restauration.

Heute
Schlachtfest.

Als Schneiderin

in und außer dem Hause empfiehlt sich
Louise Voigtländer,
Karlstraße 36.

werden noch angenommen von
Frau **Deperade, Saalstr. 2 I.**
zu brechen abends 7 Uhr.

Lehrling

sucht **Paul Herrmann, Holzgerber,**
Fischerstr. 2.

Ein ordentlicher tüchtiger

Geschirrführer,

der in der Feldarbeit Bescheid weiß, für sofort
geht. **Friedr. Bohle, H. Fischerstr. 1.**

Ein ordentlicher junger

Arbeitsbursche

sofort gesucht. Wo? laut die Exped. d. Bl.

Kräftiger Bursche,

15 bis 16 Jahre alt, als Kleinbursch aufs
Land gesucht. Näheres bei
Max Faust, Burgstr. 14.

Jungen Tapezierer-Gehilfen

sucht sofort **H. Stadermann.**
Zum Anfaß und Verkauf wird sofort bei
Gefallt ein ordentlicher fleißiger

Mann

gesucht. Etwas Kautions erforderlich. Offerten
unter „Anfaß“ an die Exped. d. Bl. erbeten.

Tüchtiger Arbeiter

wird gesucht.
Carl Siebert, Oberbreitstraße 16.

Ein tüchtiger gewerblustiger nicht zu junger

Flaschenbierkäufer

wird gesucht. Solche, die bereits in ähnlicher
Stellung waren, wollen sich schriftlich unter
M in der Exped. d. Bl. melden.

Nachtwächter-Gesuch.

Ein Nachtwächter wird für die Gemeinde
Zogarsch zum 1. April gesucht. Bewerber
können sich beim Gemeindevorstand melden.

Zogarsch, den 7. März 1906

Der Gemeindevorsteher. Koedel.

Gute Stellen erhalten

zum 1. April Köchin, bessere Stubenmädchen,
jüngere und ältere Hausmädchen durch
Frau **D. Wengler, Stellenvermittl.,**
Breitenstraße 14.

Suche zum 1. April ordentliches

Dienstmädchen

Elbighanerstr. 28, part.

Gesucht 1. April nach Charlottenburg

ein besseres Mädchen

für kinderlose Herrschaft.
Näheres Fischerstr. 2.

Ein Mädchen

von 17 Jahren, welches schon gedient hat,
sucht 1. April Stellung. Zu erfragen in der
Exped. d. Bl.

Untere heutigen Bekanntmachung liegt

ein Protokoll, betr. Bräuterei, vom Amts-
gericht **Hermann Eichler, Lübeck, bei.**

Hierzu eine Beilage.

Aus Deutsch-Afrika.

Betreffs der Einwanderung nach Deutsch-Südwestafrika hat, wie schon kurz mitgeteilt, der Gouverneur v. Hindenburg eine Verordnung erlassen. Der Wortlaut dieser amtlichen Publikation liegt jetzt vor: Ihre wesentlichsten Bestimmungen lauten: Die Einwanderung in das Schutzgebiet kann von der zuständigen Behörde unterlagert werden, wenn der Einwanderer: 1. ein Nichtweiser ist, 2. sich über seine Person nicht hinreichend ausweisen kann, 3. keinen hinreichenden Unterhalt für sich und seine Familie nachzuweisen vermag, 4. wegen seines körperlichen Zustandes voraussichtlich nicht in der Lage ist, sich dauernd selbst zu erhalten, 5. die Unschuldigkeitsgesetze betrübt oder der gemeinwärtigen Unruhe Vorstoß leistet, 6. eine Gefahr für die Ruhe des Schutzgebietes oder die öffentliche Sicherheit bildet. Nicht unterlagert werden darf die Einwanderung allen Personen, die im Schutzgebiet ihren Wohnsitz haben. Die Schiffe sind bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 150 Mark verpflichtet, die zuständigen Behörden alsbald nach ihrem Eintreffen in einem Hafen des Schutzgebietes eine Passagierliste einzureichen. Wer entgegen den Vorschriften der Verordnung sich oder einem anderen die Einwanderung ermöglicht oder zu verschaffen versucht, wird mit einer Geldstrafe bis zu 600 Mk. oder Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Auch kann der entgegen diesen Bestimmungen Eingewanderte wieder abgeschoben werden. — Die Verordnung ist mit dem 15. Februar d. J. in Kraft getreten.

Deutschland.

(Die Freilassung in der Kamerun verurteilten Abwärtspolizisten) und die darin liegende Desavouierung des Systems Puttkammer gibt den Freunden dieses Gouverneurs Anlaß zu heftigen Angriffen auf die Kolonialverwaltung. In welcher Tonart sich diese Angriffe bewegen und mit welchen Gründen sie arbeiten, dafür ein Beispiel aus der „Mein.-Welt, Jg.“, „Selbst angegeben, daß der Gouverneur mit den beschwerdeführenden Abwärtspolizisten verfahren ist, und daß die verhängten Strafen übermäßig streng ausgefallen sind, so verfährt doch das von Kolonialamt betriebene Verfahren gegen alle gesunde Vernunft. Die eingescherten Abwärtspolizisten sind auf Veranlassung der Berlin aus einfach freigelassen, das Urteil des Kameruner Gerichts furchend umgestoßen worden. Es liegt auf der Hand, daß dadurch das Ansehen der öffentlichen Behörden von Kamerun und das Ansehen aller Weisen in der Kolonie einen schweren Stoß erleiden muß. Es hätte sich wohl ein anderer Ausweg finden lassen, wenn man durchaus dem „beleidigten Reichsgefühl“ eine „Ergänzung“ verschaffen wollte; aber den obersten Beamten einer Kolonie gegenüber einer Gesellschaft schnapselückerer Neger deart bloßzustellen, das ist gleichbedeutend mit systematischer Untergrabung der Autorität der Weisen und kann zu den schlimmsten Folgen führen. Der Befehl, den das Verfahren der Kolonialamtsverweiser bei den „Genossen“ gefunden hat, sollte ihn darüber belehren, daß es auf falschem Wege ist.“ — Wenn noch ein Beweis dafür nötig wäre, daß Puttkammer und seine Anhänger sich in einer selbstmoralischen und intellektuellen Verfassung befinden, so würde das obige Zitat aus dem Offener Blatt dazu völlig genügen.

(Das Internationale Sozialistische Bureau) tagte am Sonntag in Brüssel. Auf der Tagesordnung stand Vallants Antrag auf Abschaffung des internationalen Sozialismus bezugs Verbindung des Krieges. Banderole, Jaures, Bebel, Heyndman und zahlreiche andere Vertreter des internationalen Sozialismus beteiligten sich an der Debatte, die von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends dauerte. Vallants Antrag, die sozialistischen Parteien aller Länder sollten sich nach Beendigung des Krieges zu verbinden, wurde, nach der „Köln. Ztg.“, einstimmig angenommen. Am Abend wurde im sozialistischen Volksbause eine Volkserversammlung abgehalten. Jaures hielt eine glänzende, häufig durch minutenlangen begeisterten Beifall unterbrochene Rede, worin er die Pflicht des internationalen Sozialismus erörterte, alle Kräfte für die Erhaltung des Friedens einzusetzen. Er führt dabei aus, die französischen Sozialisten hätten die Forderung in der maroffanischen Frage rechtzeitig erkannt, öffentlich aufgedeckt und so den Krieg zwischen Frankreich und Deutschland vereitelt, den eine politische/finanzielle Clique heraufbeschworen wollte, und die Fortschrittler der Demokratie im Kriegstunmel zu erfinden, wie Napoleon im Jahre 1870 seine Dynastie durch den Krieg mit Deutschland retten wollte. Jaures ließ die Versammlung schwören, daß sie alle Kräfte aufbieten

werde, um Kriege zu vereiteln. Nachdem noch Heyndman und Tröfstra in demselben Sinne gesprochen, drückte Banderole sein Bedauern aus, daß Bebel wegen Ermüdung am Erscheinen verhindert sei. Die Versammlung ging dann unter Abklingen der Internationale auseinander.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 6. März.) Der Reichstag beriet am Dienstag zunächst in erster Lesung die Steuerreform-Vorlage. Es handelt sich hierbei um eine bereits in der vorigen Session vom Senat in erster Lesung beraten Vorlage, die einige wichtige Änderungen der Einkommensteuer enthält. Nach dem einleitenden Vortrag des Staatssekretärs beströmte Abg. Dr. Bachem (Ztr.) Überweisung an die Steuerkommission. Die Abg. Gump (Hr.) und Reich (Hr.) traten diesem Vorschlag bei, während die freisinnigen Redner Abg. Dr. Müller-Saagen und Kommissar Erlinghaus des Gegenwärtigen gleich im Plenum vorstehen. Im Prinzip war auch der National-liberale Dr. Faasche damit einverstanden, aber weil von anderer Seite her Kommissionsberatung beantragt worden war, stimmten auch die National-liberalen dafür und so mußte sich später die Steuerkommission mit dem Gesetzentwurf befassen. In der fortgesetzten Beratung des Postetats nahm zunächst Staatssekretär Kraetz das Wort, um auf die am Montag behaltlich Verbesserung der Beamtengehälter vorgeschlagenen Wünsche zu erörtern. Das Motiv seiner Mitteilung war Wohlwollen für die Beamten, aber auf der anderen Seite die Betonung der Unmöglichkeit, dieses Wohlwollen entgegen der Finanzlage in die Tat umsetzen zu können. Zugleich suchte der Staatssekretär sein neuerliches Vorgehen gegen den Mittelstand zu rechtfertigen. Es habe sich dabei nur um eine Wahrung gehandelt. Der national-liberale Abg. Dr. a. l. H. behauptete, ein vom ihm eingebrachte Resolution betreffend Reformen im Gehaltswesen, u. a. sollen danach auch die Härten ausgeglichen werden, die die Einführung der Dienstverhältnisse für einige Kategorien höherer Beamten herbeigeführt hat. Mit Bezug auf einen vom Abg. Bahg vorgeschlagenen Fall, in dem einen Hilfs-assistenten Offizier von der Dienststation in Bezug die Agitation für den Evangelischen Bund unterlag worden ist, erwiderte Staatssekretär Kraetz, daß es damit seine Wichtigkeit habe, nur sei das Verbot nicht erfolgt auf Betreiben der Zentrumspartei, sondern auf die Beschwerde erst eines katholischen Pfarrers und später eines katholischen Kreises beruht, daß Vertreter der Freikirchen des evangelischen Bundes auch in katholischen Familien zu predigen gesucht habe. Der Geheimrat Neumann aus dem Reichshofamt machte finanzielle Bedenken gegen die Resolution Bahg geltend. Der National-liberale Dr. a. l. H. behauptete darüber, daß infolge der Budgetverengung die Gehaltsaufschläge im Reichs-Verwaltungsdienst nicht mehr befreit werden. Unterstaatssekretär Sidow teilte mit, daß Vermittlungsversuche der deutschen Verwaltung erfolglos geblieben sind, insofern werden jetzt die betreffenden tüchtigen deutschen Verwaltungsbeamten schon in Deutschland von den Besatzungsbeamten auf Grund eines diesen Zweck angelegerten Bescheidens ins Unglück überetzt. Nachdem der Pole von Ghlapowski die bekannten Beschwerden über die Bergregierung der Besetzung von Bielefeld mit polnischen Abtreibern vorgebracht und der Kontrakt Kern seine Resolution betreffend Freilassung der dortigen Beamten durch das Denationalistenbüro erwähnten Kästen beströmte, sagte, verlangte sich das Haus. Am Mittwoch steht zunächst der Antrag Bajermann betreffend die Rechtslage der rechtlichen und launmännlichen Angelegenheiten auf der Tagesordnung.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 6. März.) Im Abgeordnetenhaus wurde am Dienstag die Erhaltung des Schulrechts beim Kapitel „Universitäten“ fortgesetzt. Ein Antrag des freisinnigen Abg. Dr. Trendl auf Erziehung von ordentlichen Professoren für Kolonialrecht, zunächst an der Universität Berlin, später an den übrigen Universitäten, fand nicht die Zustimmung der Mehrheit des Hauses, obwohl er von Mitgliedern aller Parteien unterstützt war. Von freisinniger Seite trat Abg. Eckhoff entgegen für den Antrag ein. Die Regierung verteilte sich abweisend und wies darauf hin, daß schon jetzt in Berlin Vorlesungen über Kolonialrecht gehalten werden. Abg. Wajnow (Hr. Vp.) trat für Erziehung eines Lehrstuhls für Sozialpolitik ein, worauf der Vertreter der Regierung erwiderte, daß sich hinsichtlich nachträglicher Fakultäten gegen die Erziehung besonderer Lehrstühle für diesen Gegenstand ausgesprochen hätten, man habe sich daher mit der Erteilung entsprechender Befreiungsurteile für Berlin und Bonn begnügt. Zur provisorischen Unterbringung des sozialistischen Instituts in Berlin wurden im Etat 24 000 Mk. veranschlagt. Auf Antrag des Abgeordneten Freilassung von der freisinnigen Reichspartei, der die Verantwortlichkeit des in Frage kommenden Gebäudes herausgab, und dessen Ausführungen sich die Abg. Franz-Waldenburg (Hr.) und Eckhoff (Hr. Vp.) anschloßen, wurde trotz des Widerstands der Regierung dieser Antrag als erste Rate für den Bau eines sozialistischen Instituts in den Etat eingestellt. Abg. Wajnow (Hr. Vp.) sprach sich für die Frage aus, ob die Anbringung des für das Freiprenghaus der Universität Kiel bestimmten Gebäudes des Wäters Storm, das die Beteiligung der Kieler Studenten und Turner an den Schlacht bei Born darstellt und für das dem Maler in den ausgeführten Zeichnungen der Wäters Storm, werden ist, aus politischen Gründen unterlagert werden sei. Der Regierungsvorredner erwiderte, daß lediglich aus finanziellen Rücksichten auf die übrige Ausschmückung des Freiprenghauses die Anbringung des erwähnten Bildes dort unzulässig wäre, daß es aber an einer anderen Stelle in der Universitätsstadt ein Platz finden würde. Ein Antrag Dr. Witt (Hr.) auf Reorganisation des landwirtschaftlichen Instituts an der Universität Kiel wurde der Budgetkommission überwiesen. Im übrigen wurde noch für eine Reihe von Universitäten Eingelöschung vorgeschlagen. Das Kapitel wurde bewilligt. Am Mittwoch wird die Beratung des Schulrechts fortgesetzt.

Volkswirtschaftliches.

(Zollvergünstigungen in den Grenzbezirken. Der Bundesrat hat in seiner vorliegenden Plenarsitzung die Grenzbezirke festgesetzt, für welche die zollfreie Einfuhr von Mäliereierzeugnissen, Backwaren, Fleisch oder Schweinefleisch in kleineren Mengen gestattet ist. Unter die Begünstigungen fallen Ostpreußen der Hauptkommissariate Ostpreußen, Landberg D. S., Malmby, Kaldenkirchen, Glev, eine Grenzstraße des Regierungsbezirks Danaburg, der lübeckische Grenzbezirk und die gegen Frankreich gelegene elb-lotringische Grenzstraße.

(Zum Fleischbeschaugesetz. Ein Entwurf von Änderungen zu den Ausführungsbestimmungen des Fleischbeschaugesetzes wird zur Zeit in den Ausschüssen des Bundesrats beraten. Nach der „Deutschen Tagesztg.“ bezieht der Entwurf verschiedene Änderungen. Insbesondere sollen die Fälle, in denen Fleisch zu befeuchten ist, eingeschränkt werden. Unter anderem soll das bisher als minderwertig behandelte Fleisch der sogenannten einjährigen Küder (bei denen nur in den Raumschlüssen eine Fäule gefunden wird) nach 21 tägiger Aufbewahrung im Kühlraum unbedenklich freigegeben werden. Auch die Fälle der Minderwertigkeit infolge geringerer Fäulezulassung sollen wieder eingeschränkt werden.

(Eine Fleischhandelskammer. Der „Westztg.“ wird darüber berichtet: Bei der ersten Lesung des Hauptfinanzgesetzes sprach der freisinnige Abgeordnete Art 1 sein Bedauern darüber aus, daß die einheitliche Staatsregierung dem Verlangen der Städte, Städte zur Freilassung der Fleischnot zu tun, nicht entgegenkäme. Staatsminister v. Dallwig antwortete, die Regierung habe eine Untersuchung darüber eingeleitet, ob eine Fleischnot vorhanden sei und welchen Umfang sie habe. Nach dem Ergebnis dieser Untersuchung sei nicht zu bezweifeln, daß eine Fleischnot tatsächlich bestehe. Die Staatsregierung werde sich deshalb an den Reichsfiskus gewandt mit der Anregung, die Einfuhr von Schweinen aus Belgien und Holland zuzulassen, sei aber vom Reichsfiskus abgelehnt worden. An dem Bestehen der Fleischnot sei darauf hingewiesen, daß die Gefahr der Einfuhr von Vieh aus einer Dammung der Grenzen in dem von der anhaltischen Staatsregierung gewünschte Umfang als nicht angezeigt erscheinen lasse. Daß die Reichsregierung es auch diesmal abgesehen hat, eine erweiterte Einfuhr von Schweinen zu gestatten, nimmt nicht weiter Wunder. Bemerkenwider ist, daß es zum mindesten eine deutsche Bundesregierung gibt, die unumwunden im Gegensatz zu Bismarck und seinen Leuten die Fleischnot anerkennt. Die Händler werden nun nicht schlecht über die anhaltische Regierung herfallen dürfen, daß sie den Mut der Aufrichtigkeit besitzt. (Zur neunpündigen Arbeitszeit in den Eisenbahnverkehren macht der preussische Eisenbahnminister darauf aufmerksam, daß die auf neun Stunden festgesetzte Arbeitsdauer in den Haupt- und Nebenverkehren die reine Arbeitszeit darstellt. Es sind dabei nicht bloß, wie schon früher bei der neunpündigen Arbeitszeit besonders vorgezeichnet war, die Mittags- und Frühstückszeiten, sondern auch etwa gewählte Vesperstunden oder sogenannte Wochspausen am Schluß der Arbeitszeiten nicht als Arbeitszeit zu rechnen. Die Bestimmungen über die Pausen der Bedienung werden nicht berührt.

Provinz und Amgengend.

(Halle, 6. März.) In der gestrigen Sitzung der Stadverordneten kam es mal wieder zu einer Auseinandersetzung zwischen den Sozialdemokraten und Herrn Bürgermeister v. Solly, veranlaßt durch einen Bericht im Magistratsblatt, dem „General-Anzeiger“, laut welchem das genannte Magistratsmitglied den Stadverordneten Ziele beilegt haben sollte. So war wenigstens die Auffassung des letztgenannten. Es entspann sich darüber eine Debatte, ob man ein Mitglied des Magistrats interpellieren könne — was im vorliegenden Falle geschehen war — oder, da dies nicht statthaft sei, den gesamten Magistrat. Diese Frage sollte laut Beschluß der juristischen Kommission überredet und von derselben entschieden werden. In einer persönlichen Bemerkung am Schluß der Sitzung hatte der Stadverordnete Ziele dennoch seinen Willen, indem der Bürgermeister v. Solly darauf reagierte und erklärte, daß er dem „General-Anzeiger“ weder den betr. Bericht gegeben noch Insizipiert habe. Damit war die Sache für die Sozialdemokraten erledigt. Das Wort hat nun der „General-Anzeiger“.

† Weissenfels, 7. März. Der Gewerbetreibende Georg Heinrich von hier wird seit dem 23. Februar vermisst. Man vermutet ein Unglück, da seine Kasse vermisst in Ordnung ist. — Der Sohn des Ruchensmeisters Mölling hier, der in Leipzig in Stellung gewesen war, hat sich aus Eifersucht — das Mädchen hat einem anderen beim Tanz den Vorzug gegeben — eine Kugel in den Kopf geschossen und ist heute hier seiner Verletzung erlegen. — Kinderkrankheiten grassieren gegenwärtig außerordentlich stark hier. So sind der Familie Hebestreit sämtliche drei Kinder innerhalb kurzer Zeit weggeworfen, was allgemeine Teilnahme hervorruft. Hoffentlich bringt der anbrechende Frühling den vielen Erkrankten die erhoffte Genesung.

† Weissenfels, 5. März. Der blasse Bürgermeister Bischoff ist von der Gemeinde Schwarzenhof bei Berlin einstimmig zum Gemeinde- und Amtsvorsteher auf 12 Jahre gewählt worden.

† Neuhaldensleben, 6. März. In Nordgermersleben fiel das vierjährige Töchterchen einer Kaufmannsrau aus Berlin. Die dort an der Hochzeitfeier ihrer Schwester teilnahm, beim Spiel im Hause in einen Topf heißen Wassers und trug so schwere Brandwunden davon, daß es alsbald verstarb. — In Althaldensleben stürzte das fünfjährige Söhnchen der Arbeiterfamilie Köhler rittlings von einem Stuhle und zog sich eine schwere Gehirnerschütterung zu, deren Folgen er bald erlag.

† Nordhausen, 6. März. Was alles bei einem Regelleben passieren kann, erweist ein Vorkommnis bei dem Essen eines Regellebens der hiesigen besten Gesellschaft. Der eine Teilnehmer, ein Arzt, fand in einer Auster eine anscheinend wertvolle Perle. Ein Juwelier konstatierte den Charakter der Perle und veranlaßte deren Einfindung zum Zweck genauer Verprüfung. Die Frage, wer hat den Rechtsanspruch auf die Perle, der Gatte oder der Witt, oder der Händler resp. Austerläufer, beschäftigt bereits Juristen. Bei einem ähnlichen Fall in Berlin ist das Eigentumrecht dem Gatte zugesprochen worden, der die Auster verarbeitete.

† Salze a. S., 6. März. In dem zur Zeit stark angefeuchteten Mißgraben, einem Arm der Saale, ertranken der Schmidt Schöpe und sein zehnjähriger Sohn. Der Knabe war beim Ausschlagen aus einer kleinen Gondel ins Wasser gefallen und wurde sofort in die Tiefe gerissen. Der Vater wollte in retten, fand aber ebenfalls den Tod.

† Langensalza, 6. März. Einen jähren Abschluß fand das gestern abend von der hiesigenloge veranstaltete Schwelernfest. Während der Kaufmann und Stadtvorordnete Karl Zillo als „Meister vom Stuhl“ die Polnase anführte, brach er plötzlich mitten im Saal, vom Herzschlag getroffen, tot zusammen. Das Fest wurde sofort abgebrochen.

† Rubland, 5. März. Im Kaufmann Freitagshaus in Welzow kam Feuer zum Ausbruch. Der Bergmann Köfer wollte noch Sachen retten, mußte aber seine Klähnheit mit dem Leben bezahlen. Einen gleichfalls anwesenden Kohlgänger Hampfisch ereilte daselbe Schicksal. Erst als man beide längere Zeit vermisst und Nachforschungen anstellte, wurden die vollständig verbrannten Leichen aufgefunden.

† Bögner, 6. März. Eine große Höhle ist am Dölpiger Berg freigelegt worden. Im vorderen Teile fanden sich zahlreiche Knochenreste, darunter auch ein Schädel mit zwei kleinen Hörnern. Die Höhle besteht aus zwei Zellen, ist etwa 10 Mr. lang und im Hauptteile ungefähr 5 Mr. hoch. Während die Höhle in letzter Zeit wohl nur von Rannichen und Füchsen aufgesucht wurde, scheint sie früher auch von Menschen bewohnt gewesen zu sein. Gehaltene Röhrenfische und das Vorkommen von Holzkohlenresten weisen darauf hin.

† Halberstadt, 6. März. Die Stadtvorordneten bewilligten für die Wiederherstellung der Paulskirche (aus dem 11. Jahrhundert) 112 000 Mk.

† Vom Eichsfelde, 1. März. In welchem Maße sich der Einfluß des Materialismus auf allen Gebieten geltend macht und wie er sich auch sein Geistes daraus macht, die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung zu verewaltigen, beweist die nachdrückliche Mitteilung, welche die „A. N. R.“ vom Eichsfelde bringen. Die Bevölkerung des Eichsfeldes hatte in Erwartung vieler wirtschaftlicher Vorteile vor drei Jahren den Plan, den Truppenübungsplatz des 11. Armee-Korps auf dem Plateau des oberen Eichsfeldes zu legen, mit Freuden begrüßt. Aber der katholische Klerus hintertrieb das Projekt, angeblich weil einige Friedhöfe verschwinden müßten und der unbedeutende Wallfabrikort bei Kreuzberg verlegt werden müßte; den berühmten Wallfabrikort vom Hülfenberge aber hat vor einem Jahre die geistliche Behörde ohne solche Geistesfrucht nach dem Kirchfelden Berge verlegt, um das Dörfchen Bendorf dafür zu ersetzen, weil es sich in einer Reifezeit nicht schnell genug gefügt hatte. Der wirkliche Grund für die Ablehnung des Übungsplatzes dürfte in der Sorge

zu suchen sein, daß die katholischen Bischöfer zu viel mit protestantischen Soldaten in Verbindung kämen. Die Enttäuschung der armen Bevölkerung ist groß.

† Jena, 6. März. Der Kaiser hat den Wunsch ausgedrückt, daß ihm von den Bahären in Bierzebnhellen und Auerstedt je drei Torte vorgelegt werden, über die die drei Geißlichen eventuell gelegentlich der Erinnerung an die Schlachten von 1806 zu sprechen gedenken. Der Kaiser wird dann den Text bestimmen, über den geredet werden soll. In Bierzebnhellen macht sich zur Aufstellung des Gedenksteins die Niederlegung eines alten Wohnhauses nötig. Die Zeichnungen der zu errichtenden Gedenksteine sind vorher ebenfalls dem Kaiser zur Genehmigung zu unterbreiten. — Eine mehrere Meter hohe Ausbissfanzel will der biesige „Verein zur Förderung des Fremdenverkehrs“ in dem Gelände des Schlachtfeldes von 1806 (Landgraben-Plateau) errichten. Standort der Fanzel wird wahrscheinlich die obere Ecke des Waldes bei Krippendorf sein, von wo die aus dem unglücklichen Kriege bekannten Kluren der Drei Bierzebnhellen, Koebeta-Nödig bequem überblickt werden können.

† Martrankstädt, 6. März. In der Sonntagsnacht ist hier ein glückliches Familienleben gelöst worden. Der kürsener Verward Schwager hat in einem unmaechtigen Augenblick seinem Leben im Alter von 38 Jahren durch Erhängen ein gewaltames Ende bereitet. Die abnunglose Gattin entsetzte sich bei dem Anblick ihres toten Mannes derraat, daß sie infolge des Schreckens alsbald verstarb. Die Eltern hinterlassen zwei erwachsene und fünf unmündige Kinder.

† Schlei, 6. März. Ein vor 3 bis 4 Jahren von einem Dienstmädchen hier verübter Kindesmord ist jetzt an das Tageslicht gekommen. Der „Schl. Jg.“ wird darüber mitgeteilt: Die jetzt 25 Jahre alte Frieda Schüller aus Martrankstädt war bis Frühjahr 1903 im Restaurant Vereinsgarten bedienstet. Um diese Zeit hat sie heimlich geboren, das Kind in einem Eimer errannt und nachts im Garten eingegraben. Von diesen Vorgängen hatte Niemand eine Ahnung, bis sich vorige Woche die Schüller, welche in Plauen in Stellung war und sich dort einer religiösen Sekte angeschlossen hatte, von Gewissensbissen gepeinigt, dem hiesigen Gerichte selbst gestellt und alle Einzelheiten geschildert hat. Am Sonnabend fand im Beisein der Kindesmörderin an der von ihr bezeichneten Stelle eine Ausgrabung statt, welche die Angaben voll und ganz bestätigte hat. In nur geringer Tiefe fand man das Skelet, in einen wollenen Unterrock eingewickelt, noch ziemlich gut erhalten vor.

† Leipzig, 6. März. Gerüchte über eine demnächst zu erwartende Wiederverheiratung König Friedrich Augusts, die mit einer Erholungsreise des Geh. Legationsrates Fröm. v. Salza und Lichtena nach Italien mit der Erlangung des päpstlichen Dispenses für die Wiederverheiratung des Königs in Verbindung gebracht wurden, werden vom Minister des königlichen Hauses v. Meschy als beweislos und falsch bezeichnet.

† Leipzig, 5. März. Der 20 Jahre alte Studierende der hiesigen Universität, Walter Müller aus Planaberg, kürzte gestern nacht aus dem Fenster seiner Wohnung in der dritten Etage eines Hauses in der Talstraße, aus dem er sich zu weit herausgehoben hatte, auf das Straßenpflaster und erlitt dabei so schwere Schädelverletzungen, daß er auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstarb. — Vor Jahresfrist wurde in der Wuppe der Leichnam eines 70 jährigen Arbeiters gefunden und festgestellt, daß ihm sein Portemonnaie mit Inhalt und die Uhr fehlten. Jetzt wurden zwei andere Arbeiter aus der Nähe Leipzigs festgenommen, die eingestanden, daß sie die Leiche aus dem Wasser gezogen, herauß und wieder in die Wuppe geworfen haben. Sie sind schon mehrfach verurteilt. Darüber, ob ihnen ein Raubmord zur Last fällt, schweben die Erörterungen noch.

† Dresden, 6. März. Der König hat dem sächsischen Landesverbande evangelischer Arbeitervereine zu den Kosten des sozialen Unterrichtskurses für Arbeiter, der veranstaltet vom Gesamtverein Evangelischer Arbeitervereine Deutschlands, im Mai in Dresden stattfinden soll, aus den Mitteln der König-Johann-Stiftung 3 000 Mk. bewilligt. Der Unterrichtskursus geht nicht bloß den Mitgliedern der evangelischen Arbeitervereine, sondern jedem durch Vorbildung geeignet erscheinenden Arbeiter frei.

† Dresden, 6. März. Der König von Württemberg ist heute vormittag zum Besuche des Königs Friedrich August hier eingetroffen.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 8. März 1906.

** In der sächsischen Turnhalle fand am Dienstag abend eine kleine aber würdige Feier statt, die gegen 100 Mitglieder des Männer-Turn-Vereins daselbst versammelt hatte. Sie galt dem Ueberturnwart Herrn Schnurpeißel, der in diesen Tagen auf eine

vierzigjährige Wirksamkeit als Vorturner in dem genannten Verein zurückblicken konnte. Aus diesem Anlaß wurde der Jubilar bei seinem Erscheinen vom Sängerkorps des Vereins mit dem herzlichsten Gede „Wer ist groß“ von Kallimoda begrüßt, an dessen letzte Strophen „Wer ist treu“ der Vorsitzende, Herr Seuffert, in seiner Ansprache anknüpfte. Gerade die langjährige treue Arbeit des Jubilars im Interesse des Vereins und der Turnfrage hob der Redner hervor und dankte ihm dafür in herzlichsten Worten. Erhe es schon jeden Bürger, wenn er in seinem Berufe mit Fleiß und Treue tätig sei, so gebühre dem Jubilar umfomehr der Ehrenkranz, weil er neben dieser hochschätzbaren Bürgerarbeit noch Zeit gefunden habe, in selbstloser Hingabe sich der deutschen Turnerei und in hervorragender Weise seit nummehr 40 Jahren in diesem Wirkungskreise der Erziehung und Heranbildung der deutschen Jugend zu widmen. Hunderte von Jünglingen und Männern haben dem Jubilar ihre turnerische Ausbildung zu verdanken und darum habe der Verein diesen Tag nicht spurlos vorbegehen lassen wollen. Mit dem Wunsche, daß der Jubilar noch lange im Männer-Turnverein tätig sein möge, schloß der Redner mit einem kräftigen „Gut Heil“ auf Herrn Schnurpeißel. Dieser dankte gerührt für die ihm dargebrachte Ovation, die ja bekanntlich nicht die erste in seiner langjährigen Vereinsstätigkeit sei, die ihn aber herzlich freudig angeseht des hohen Mitglieds-Ehrendanks, dessen sich der Männer-Turnverein jetzt rühmen könne. Sein Wunsch sei, daß sich immerfort solch reges Leben und turnerisches Streben im Verein zeigen möge wie heute auch. Sein „Gut Heil“ galt dem Männer-Turn-Verein. Nummehr bestieg der Jubilar die Vorturnertribüne und übernahm das Kommando beim Aufmarsch zu den Fröübungen, die er in jugendlich erakter Weise vornahm. Hierauf folgte nach das übliche Regenern, nach dessen Beendigung sich die Mitglieder in das Vereinslokal begaben, um hier dem Jubilar noch eine Blumenstange zu überreichen und dann mit frohem Sang und heiterer Unterhaltung den Tag zu beschließen.

Ueber das Thema „Ist eine Ernährungsreform durchführbar“ sprach am Dienstag abend im Verein für naturgemäße Gesundheitspflege in „Rältes Hotel“ Herr Eiermann aus Halle. Er beziehmte diese Ernährungsreform auf den Grundlagendes Vegetarismus für durchführbar und erläuterte den zahlreich erschienenen Gästen und Mitglieder Zweck und Wesen dieser Ernährungsart in sehr anschaulicher Weise. Der Vegetarismus soll und wird das Endziel der menschlichen Ernährung bilden. Die jetzt übliche Art der Ernährung, bei der lebender Tiere eine wichtige Rolle spielt, ist für den Menschen das Unnatürlichste und der Grund vieler Krankheiten, wie Tuberkulose, Zahndarm-, Kinderkrankheiten usw. Weist doch der gesamte menschliche Körperbau auf Früchte, saftige Kräuter, Knollen, Wurzeln und dergl. als Nahrung hin. Für sie sind seine Verdauungsorgane, seine Zähne und insbesondere seine Sinne nach den Darlegungen der berühmtesten Naturforscher und Physiologen eingerichtet. Eine reine, bekömmliche und einwandfreie Nahrung lehrt uns der Vegetarismus, d. h. er läßt an die Stelle von Tierprodukten ausschließlich Milch- und Pflanzenprodukte treten. Das Eiweiß und Fett im Fleisch findet in den Früchten bzw. Ölen, fern in Kollatubutter, Palmöl usw. einen vollkommeneren und vor allen Dingen billigeren Ersatz. Mit der Fleischfrage eng verbunden ist die Alkoholfrage, deshalb richtet sich auch der Kampf des Vegetarismus gegen den Alkoholgenuss. Mit dem Motto: „Kein Traur Natur zurück und eure Wohlfaßahrt ist begründet“ schloß der Redner. — Am Sonnabend abend findet von 9 Uhr ab ebenfalls in „Rältes Hotel“ ein vegetarisches Essen, bestehend aus Suppe, Hauptgericht und Kompott, statt, an welchem Mitglieder und Gäste teilnehmen können.

Freiwillige Invaliden-Versicherung. In den Kreisen der Handwerksmeister, welche infolge Gründung eines eigenen Geschäftes aus der Invaliden-Versicherung ausscheiden, ist noch vielfach die Ansicht verbreitet, daß eine freiwillige Fortsetzung ihres Versicherungsverhältnisses nicht viel Wert habe. Diese Meinung ist irrig. Diejenigen Personen, welche nach dem Ausscheiden aus der Pflichtversicherung das Versicherungsverhältnis freiwillig fortsetzen, haben genau dieselben Ansprüche, wie diejenigen Versicherten, welche Pflichtmarken verwenden. Beispielsweise kann auch bei freiwillig Versicherten das Heilverfahren seitens der Versicherungskasse übernommen werden. Zur Erlangung der Invalidenrente ist erforderlich, daß der Versichertere mindestens 200 Beiträge, von welchen 100 auf Grund der Versicherungspflicht geleistet sind, nachweisen kann. Dieser das nicht zu, so würde eine Weiterversicherung zwecklos sein, es sei denn, daß der Versicherte die fehlenden Pflichtmarken dafür infolge Wiederannahme versicherungspflichtiger Beschäftigung noch nachholen instande ist. Ist jedoch der Versicherte, welcher nicht mehr als zwei Lohnarbeiter beschäftigt und das 40. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt hat, außer-

(Ein langgeheuter gekleideter Soldat), der in der letzten Zeit in verschiedenen Städten sich in Hotelzimmern unter Bettdecken verhielt und nachts Reisende betäubt hatte, ist wie aus Frankfurt a. M. berichtet wird, dort in der Person des spanischen Hilarde Giffard aus Madrid gefangen und verhaftet worden.

(Zu der Einbürgerungsfrage in Jlesee) sind aus Rom gemeldet: In dem letzten Kabinett hat sich ein zweiter Verge in Jlesee erledigt, es sind wieder mehrere Häuser eingeweiht, das Dorf ist jetzt fast vollständig gerichtet, darunter eine große Seidenfabrik. Die Einwohner sind in beachtlicher Zahl zugezogen, nur ein alter Mann vertritt die alte Bevölkerung.

(Über einen gefälligen Karnevalsabend) wird aus Florenz gemeldet: Soeben junge Leute, die sich während des Tages bei Maskenfest und Gelagen fröhlich unterhalten hatten, unternahm eine nächtliche Schafjagd. Das Boot war überladen, Hippie, und zwölf seiner Insassen ertranken.

(Die Schenkung des letzten Karnevals.) Eine Schenkung des letzten Karnevals, die ein recht trübes Licht auf diese bisher mit einem gewissen Nimbus umgebene Veranstaltung wirft, wird dem „Tag“ übermitteln. Danach haben sich im Verlaufe der beiden letzten Karnevalsabende dort vier Hofeier, Hoffestlichkeiten und Hoffestlichkeiten ereignet, die nie zuvor eine solche Anzahl hoher Beamter und Schiffsleute verlegte Personen mußte den Hofgesellschaften angeführt werden. Vermutlich drangen in eine verlassene Wohnung ein und brachten den im Schloß befindlichen Oberleuten höhere Verlegungen bei. Ein halbwillkürlicher Vorfall, der die Hofgesellschaften in den Hof, wodurch dieser schwere Verwundungen am Hinterkopf und Rücken erlitt. Infolge dieser Ausschreitungen wird hauptsächlich, eine Einschüchterung des Karnevals zu fordern, und zwar sollen gesellschaftliche Veranlassungen nur innerhalb von vier Wochen, Aufträge nur an zwei Tagen abgehalten werden.

(Im Caffarino in Jleseegebiet) am Schiffsplatz ist ein Gefährliches Verbrechen verübt worden. Ein Mann, der ein Karneval und Jlesee-Dampfschiffers-Gesellschaft, von Räubern getötet worden. Eine Bande Arbeiter überfiel die dortigen Anlagen der Gesellschaft, und bei der Verleumdung der beiden Hefen.

(In den Plätzen umgeben) Aus Breslau wird gemeldet: Vor dem Orte Polenzen in Provinz Schlesien, der sich in der Nähe von Breslau befindet, wurde ein Mann, der sich in der Nähe von Breslau befindet, von einem Mann, der sich in der Nähe von Breslau befindet, getötet. Ein Mann, der sich in der Nähe von Breslau befindet, wurde von einem Mann, der sich in der Nähe von Breslau befindet, getötet.

Dampfer „Marpesa“ noch, daß dem Sturm schwere Seen vorangingen, die ganze Dörfer weggeschwemmen. Die Schiffe, die im Hafen von Bayreuth auf Zucht lagen, vermochten sich zu retten. Der französische Gouverneur und der englische Konsul wandten sich an ihre Regierungen um Unterstützung für die Gendarmen von abduzierten Gendarmen Personen. Einem hiesigen Blatte wird gemeldet, es seien mehrere Jlesee verhaftet und an 10000 Menschen umgekommen. Die Meldung ist jedoch unbestätigt.

(Das Ende des römischen Karnevals.) Das definitive Ende des römischen Karnevals ist jetzt ein Communion des hochheiligen „Popolo romano“, in dem es heißt: Da das karnevalistische Treiben im guten Sinne völlig verkommen ist und nur der wüste Tanzen auf den Straßen hin Unweil treibt, so erwägt die Regierung anlässlich der bevorstehenden Vorgänge dieses Jahres ernsthaft, das Recht des Maskentragens 1907 nicht mehr zu gewähren.

Gerichtsverhandlungen.

— Dessau, 5. März. Das hiesige Schoungericht verurteilte den Glasermeister Adolf Gabren aus Halle, geboren 1876, wegen Meineids und verübter Verbrechen zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus, nebst dem Verlust der Erbschafts- und 5 Jahren Exerzits.

— Berlin, 5. März. Der hier kürzlich verhaftete Jopfabsteiner, der Enden der Schiffbauerei Stoh, bei dem 21 Jopfabsteiner verhaftet wurden, ist heute vom Schöffengericht gemäß dem Urtheile des Landgerichts von der Verurteilung des Diebstahls, der Verübung der Missethat und der tätlichen Verletzung freigesprochen worden in der Erwartung, daß sein Name nicht sofort einer Verurteilung zulässig. Die Sachverhältnisse hatten übereinstimmend das Vorhandensein der freien Willensbestimmung verneint.

— Berlin, 5. März. Der hier kürzlich verhaftete Brandstifter, der am 1. März in der Nähe von Berlin verhaftet wurde, ist heute vom Schöffengericht des hiesigen Schoungericht dem Bergmann Wenzel Wilsch aus Neurabe, Mitglied der freiwilligen Feuerwehr, wegen Verleumdung und in zweifacher Verleumdung Brandstiftungen zu 2 Jahren Zuchthaus, Wilsch hat die Verurteilung verweigert, und als sicher auf dem Brandstiftung zu sein und sich in hervorragender Weise an den Verbrechen beteiligen zu können.

— Wegen Mißbrauch der Dienstgewalt in Verbindung mit Verleumdung Unterberger in 15 Fällen, wurde, wie der „Post“ in M. aus Glogau meldet, am Montag bei dem Landgericht in Glogau ein Mann, der ein Mann, der sich in der Nähe von Glogau befindet, verurteilt. Der Mann, der sich in der Nähe von Glogau befindet, wurde von einem Mann, der sich in der Nähe von Glogau befindet, verurteilt.

— Aus Jlesee wird gemeldet: Das Kriegsgericht verurteilte die beiden Verdammten Ebel und Schöne wegen Verleumdung zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und Verweisung aus dem Heere. Die beiden Verdammten hatten von einer Schankwirtin in Jlesee, deren Sohn in der Berliner Schutzwehr eine Rolle spielte und zur Anzeige gebracht werden sollte, 1000 Mark erprecht.

— Seinen eigenen Vater zu Tode mißhandelt hatte der Landwirt Wilmann aus Jlesee in Schandacht, dann hatte er den Leichnam in einen Sack gesteckt und auf das Feld hinaus getragen, wo er gefunden wurde. Das Schoungericht in Schandacht verurteilte Wilmann zu sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Exerzits.

— Ein teurer Willardhof. In einer Willardhof in Berlin bei Dammer wurden zwei Kaninchen vor einigen Tagen in der Nähe des Willards gefunden auf einer Höhe Staltpfänder. Der eine Willardhofler ließ verschleppen einen der Staltpfänder, einen Dr. med., mit dem Willardhof hinter dem Dr. Das Ohr wurde dabei so schwer verletzt, daß das Ohr verfallen wurde. Der Arzt sagte auf Schandacht, die Erwerbsfähigkeit wurde, wie der „Post“ berichtet, von vier Sachverständigen geprüft und festgestellt, daß der Kläger infolge der Verletzung zu 30 Prozent erwerbsunfähig sei. Der Beklagte wurde auf Grund der Gutachten vom Landgericht Hannover zur Zahlung einer Lebensrente in Höhe von Betrage von jährlich 600 Mark an den Dr. med. verurteilt.

Neueste Nachrichten.

Schwerin, 7. März. Das Dienstag erschienene Regierungsbulet teilt mit, daß der Großherzog die Ernennung des Herzogs Paul Friedrich zu Mecklenburg und seiner Gemahlin, der Herzogin Paul Friedrich zu Mecklenburg geb. Prinzessin zu Windischgrätz, auf deren Antrag nach Maßgabe des Paragraphen 6 des Bürgerlichen Gesetzbuches durch das Ministerium des großherzoglichen Hauses hat ansetzen lassen. Zum Vormund ist Oberlandmeister von Sienglin bestellt. Der Herzog Paul Friedrich, der im 54. Lebensjahre steht, ist der Onkel des regierenden Großherzogs Franz IV. von Mecklenburg-Schwerin.

Algeiras, 7. März. In der gestrigen Komitierung der Konferenz gab der deutsche Delegierte von Radomij folgende Erklärung ab: Eine der Grundlagen für die Arbeiten dieses Kongresses ist der Grundgedanke der wirtschaftlichen Freiheit in Maroffo ohne jede Ungleichheit. Nun hängt diese wirtschaftliche Freiheit und die Entwicklung der Handelsinteressen in Maroffo an erster Stelle von der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im scharifischen Reich ab. In der Ausübung seiner Souveränität wird der Sultan von Maroffo die für die Sicherheit von Leben und Eigentum der Fremden notwendigen Maßnahmen zu treffen haben. Es drängt sich den Signaturnächsten die Notwendigkeit auf, ihm zu Hilfe zu kommen durch die Schaffung einer in bestimmten Klagen zu errichtenden,

hinreichenden Polizeitruppe. Die Signaturnächsten, die an dieser Organisation gleichmäßig interessiert sind, werden berufen sein müssen, dabei mitzutreten. Zum Schluß sprach der deutsche Delegierte die Bereitwilligkeit aus, seinen Vorschlag zu prüfen, der diesen Prinzipien Rechnung trägt. Aus den Darlegungen des zweiten russischen Delegierten ist hervorzuheben, daß er die Unzumutbarkeit eines Kollektivabkommens für die Volksgesamtheit auch aus den schlechten Erfahrungen ableitet, die man mit dem internationalen Gesundheitsrat in Tanger gemacht habe. Der französische Delegierte Reyol betont, daß einer Allianz Frankreichs und Spaniens keine Rechte anderer Nationen im Wege stehen würden. Der zweite spanische Bevollmächtigte Perez Caballero führte aus, eine französisch-spanische Polizei würde die Prinzipien der wirtschaftlichen Freiheit und Gleichheit nicht bedrohen, da es sich nicht um Verwaltung, sondern ausschließlich um Sicherheitspolizei handle. Man hat den Eindruck, daß der französische Delegierte Reyol in der Betreibung des französischen Standpunktes sich bemüht, für eine Einigung Raum zu lassen.

Rotterdam, 7. März. Die Haager Zeitung „Nieuwpost“ meldet, man beständige die zweite Haager Friedenskonferenz schon in diesem Sommer einberufen. Die Zahl der Delegierten samt ihren Sekretären werde auf 150 geschätzt.

Moskau 7. März. Die Konferenz hiesiger Bankiers beschloß, auf eigene Kosten eine bewaffnete Polizeiwache einzurichten, um etwaigen Unruhen vorzubeugen.

Dessa, 7. März. Nach einer weiteren Mitteilung sind bei dem Bombenanschlag, der gestern auf dem Alexander-Prospekt gegen einen Laden verübt wurde, der Besitzer des Ladens und drei Kommissar verurteilt worden. Der Anarchist verlegte einen Polizeibeamten, der ihn verfolgte, wurde aber selbst verwundet und verhaftet. Er ist ein 19-jähriger Handwerker.

Waren- und Produktensätze.

Berlin, 6. März. Weizen 1000 kg Mark 182,75
186,00, Sept. 182,75 Mf. Roggen 1000 kg Mark 170,00 Juli 170,00 Mf. Sept. 172,75 Mf. Hafer 1000 kg Mark 162,75, Juli 163,25 Mf. Mais 1000 kg runder Weiz. Mark 128,00, Juli —, Mf. Rübsen 100 kg Mark 50,60, Juli 52,50 Mf.

Die hiesigen Ueberholer Notierungen haben hier ansehnlich gewandelt. Die Geschäftslage sieht jedoch ansehnlich des letzten Wertes an. Weizen ruhig und ca. 1/4 Mf., Hafer und Roggen gut behauptet. Mais besser gefragt und 1/4 Mf. höher. Hülsen auf Paris mehr beachtet.

Leipzig, 6. März. Per 1000 kg Weizen inländ. 164—172, ausl. 190—200, Mill. Roggen inländ. 163—167 ausl. 176—178, wosener drauf. —, Mill. Gerste hiesige Brannter 160—174, Waßl- und Futterma 142—158, Hafer inländ. 158—178, ausl. 162—180, feil. Mais amerikanischer 128—134, runder 140—146, Cigarmenten 150—178, indischer —, Kapstücken der 100 kg netto 12,50—13,00. Rübsen, rober, per 100 kg netto ohne Sch. 49,25 bis höher. Weizenmehl 00 24,50. Roggenmehl 24,00.

Reklameteil.

Magenkrankheiten.

Unverdaulichkeit — Blähungen.

Es sind viele die Unverdaulichkeit heimgesucht, die Ursache vieler Qualen, heimgesuchter Tage und schlafloser Nächte.

Der Magen ist das Laboratorium des menschlichen Körpers, und wirkt jede Störung desselben nachteilig auf den gesamten Organismus. Sehr viel Wahrheit und Philosophie liegt in dem Ausdruck **Narziss**, als er gefragt wurde, was er als das größte Übel schätze. **„Eine gute Verdauung“**, war seine Antwort.

Magenleiden verursachen Kopfschmerzen, Kopfschmerzen, Verstopfung, Blähungen, Aufstoßen nach dem Essen, Magenkrämpfe und in der rechten Seite, schlechter Geschmack im Munde, Ansammlung von Schleim in der Kehle, rotes Gesicht und Ohren nach den Mahlzeiten, Appetitlosigkeit, Abnahme der Kräfte und des Körpergewichts.

Gewiss wie es ein großes Glück ist, einen guten Magen und eine gute Verdauung zu haben, so ist es ein großes Glück, ein Präparat wie **Ferrumanganin** zu besitzen, welches sofort den Magen forziert, gute Verdauung veranlaßt, den Appetit befördert, den Stuhlgang reguliert und dadurch alle obenbenannten Störungen beseitigt.

Zu gleicher Zeit ist Ferrumanganin ein Kräftigungsmittel — blutbildend und blutreinigend.

(Gefahrlos: Essen 0,3, Mangan 0,1, Zucker 18, Alkohol und Roggen 15, Weiz. Weiz. und aromatis. Franzbrannt.)

Zu beziehen von den Apotheken oder von: Löwen-Apothek Magdeburg. Löwen-Apothek Staßfurt.



Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Th. Köhler in Merseburg.

Correspondent.

Bezugspreis Vierteljährlich: Bei Abholung von dem Hauptpostamt 1 Mk., monatlich 33 Pf.; durch die Postträger und die Post bezogen 1,20 Mk., durch den Postboten ins Haus 1,32 Mk. Einzelnummer 5 Pf.
Erhalten wöchentlich 6 mal sonntags halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach dem 2. Febr.; in den Kriegsjahren am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
3 seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
4 seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeitspalte oder deren Raum 8 Pf., für sechs Spalten 10 Pf., außerhalb 15 Pf. Kleinste Anzeigen 25 Pf. Resten pro Seite 30 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden dem unteren Geschäftliche keine finanziellen Rücksichten entgegenzunehmen.
Nachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet für unentgeltliche Einsendungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 56.

Donnerstag den 8. März 1906.

32. Jahrg.

Die Fleischnot — Reichsländische Regierung contra Reichsregierung.

Man scheint in den leitenden Kreisen der Reichsregierung gar keine Empfindung dafür zu haben, wie sehr der Reichsgedanke leidet und der Partikularismus gestärkt werden muss durch die Gebenmachung eines brutalen Machtstandpunktes, wie er neuerdings wieder in dem abschlägigen Bescheid des Reichsanlagers auf die Eingabe der Anhaltischen Regierung um Zulassung von Schweinen über die belgische und holländische Grenze zum charakteristischen Ausdruck gekommen ist. Die anhaltische Regierung ist übrigens nicht die einzige, welche das Vorhandensein einer Fleischnot anerkannt hat. Die Reichsländische Regierung hat sich im Gefäß-Vereinigungs-Landesauschuss auf den gleichen Standpunkt gestellt und den in der Kommission einstimmig gugebeenen Antrag bei der Reichsregierung eingebracht, bis auf weiteres und solange der gegenwärtige Zustand der Dinge dauere, alljährlich nach Maßgabe des Bedürfnisses bis zu 50 000 Stück Schlachtschweine unter den nötigen veterinärpolizeilichen Vorkehrungsregeln aus Frankreich nach Gefäß-Vereinigungs-Länder zu führen.

In hohem Grade interessant ist die Begründung, die der Regierungsvorsteher in der Kommission gab und deren Substanz wir dem Herrn Reichsanlager Fürsten Willow wie dem Preussischen Landwirtschaftsminister, Herrn v. Bobbelsief, nur bringen aus Herz legen können. Es heißt nämlich in dieser Begründung:

Die Reichsregierung glaube mit dem Antrage ihre Pflicht der Gesamtbevölkerung gegenüber erfüllt zu haben, ohne die Interessen der einheimischen Landwirtschaft irgendwie preiszugeben. Durch die statistischen Angaben in der Denkschrift sei unüberleglich dargetan, daß Gefäß-Vereinigungs-Länder nicht den für die Fleischversorgung der Bevölkerung erforderlichen Bedarf an Schlachtschweinen produziere; früher habe das Manfo aus den anderen deutschen Bundesstaaten in der Hauptsache gedeckt werden können; nachdem dieses Ausfuhrsmittel heutigen Tages versage, bleibe nur der Import aus dem Ausland übrig. Die einheimische Zucht werde dadurch nicht gefährdet, da sie selber, wie gesagt, das erforderliche Quantum schlachtreife nicht zu liefern vermöge, und eine Beschaffung aus anderen Bezugsquellen mühen unter allen Umständen unvermeidlich sei. Auch unter dem veterinärpolizeilichen Gesichtspunkte ergäben sich keine Bedenken. Der Stand der Viehzucht im allgemeinen, und der der Schweinefleischnot im besonderen sei zurzeit in Frankreich nicht ungünstiger als in Deutschland; zudem böten die bestehenden veterinärpolizeilichen Einrichtungen, sowie die besonderen für die geplante Vieheinfuhr zu ergreifenden Kontrollmaßnahmen jede mögliche Gewähr gegen eine Verbreitung der einheimischen Viehkühe mit der Einschleppung von Seuchen. Auf der anderen Seite ständen die berechtigten Beschwerden der Konsumenten, denen anders als auf dem angegebenen Wege nicht würde Rechnung getragen werden können. Insbesondere habe sich der Versuch, mit der Einfuhr frischgeschlachteten Fleischs Abhilfe zu schaffen, schon unter den bisherigen Verhältnissen kaum bewährt, und werde für die Zukunft noch weniger durchführbar sich erweisen, da nicht nur vom 1. März d. J. ab eine Zollserhöhung in Frage komme, sondern der Transport von Fleisch auf weite Strecken mit dem Eintritt der wärmeren Jahreszeit aus natürlichen Gründen überhaupt unmöglich würde.

Schade, daß diese Stellungnahme der Reichsländischen Regierung noch nicht bei Beratung des landwirtschaftlichen Staats im Preussischen Abgeordnetenhaus bekannt gemacht ist; sie würde Herrn v. Bobbelsief doch wohl einigermassen das Konzept verdorben haben. Alle noch so raffiniert ausgeklügelten Statistiken agrarischer

Organisationen schaffen die Tatsache nicht aus der Welt, daß die Fleischnot anhält, daß insbesondere die Preise für Schweinefleisch ganz exorbitant hohe sind und daß diese Kalamität einzig und allein auf den notorischen Mangel an Schlachtwiech zurückzuführen ist. Geradezu schlagend weist dies die „Danziger Zig.“ an der Hand der dortigen Schlachthofnotierungen für den Stadtbezirk Danzig nach. Seit Anfang Januar bis zum 4. März d. J. sind auf dem Danziger Schlachthof 3 131 Schweine weniger geschlachtet worden wie in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Ein Vergleich der gemachten Preise in dem gleichen Zeitraum ergibt eine Steigerung der Schweinepreise von durchschnittlich 14 bis 15 Mark pro Zentner Lebendgewicht. Der Rückgang in der Zahl der geschlachteten Schweine beträgt nicht weniger als 30 Proz. Und da wagt man in agrarischen Kreisen noch von einem „Fleischnotrummel“ zu sprechen?

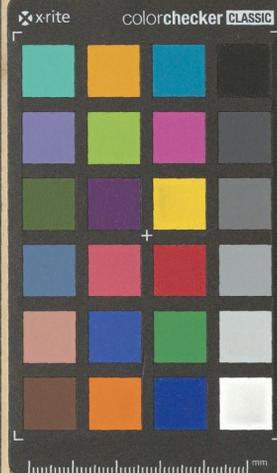
Zur Lage in Russland.

Das Manifest über die Reorganisation des Reichsrats und die Abänderung des Reichsdumagesetzes gemäß dem Manifest vom 30. Oktober v. J. ist am Dienstag erschienen. In dem Manifest wird zunächst mitgeteilt, daß die in dem Manifest vom 30. Oktober angekündigten gesetzgebenden Arbeiten betreffend die Reorganisation des Reichsrats und betreffend Abänderung des Reichsdumagesetzes zum Abschluss gekommen sind. Danach werden die Duma und der Reichsrat, der zukünftig zu gleichen Teilen aus vom Kaiser ernannten und aus gewählten Mitgliedern gebildet wird, alljährlich durch kaiserlichen Ukas verlegt. Duma und Reichsrat haben gleiche gesetzgeberische Befugnisse, sie haben in gleicher Weise das Recht der Initiative bezüglich der Einbringung von Gesetzesvorlagen und ebenso das Recht, Fragen an die Minister zu richten. Jede Gesetzesvorlage muß, ehe sie dem Kaiser zur Sanction vorgelegt wird, von der Duma und vom Reichsrat angenommen sein. Gesetzesvorlagen, die von einer der beiden gesetzgebenden Körperschaften abgelehnt worden sind, werden dem Kaiser nicht zur Sanction vorgelegt. Duma und Reichsrat haben beide das Recht, die Wahl ihrer Mitglieder für ungültig zu erklären. In dem Manifest wird dann angekündigt, daß der Befehl zur Ausarbeitung von Finland und Ausland gleichzeitig interessierenden Gesetzen durch besonderen Ukas ergehen wird; das Manifest schließt mit der Erklärung, der Kaiser hege die Hoffnung, daß die Teilnahme von Vertretern des Volkes an der Gesetzgebung zu der wirtschaftlichen Wohlfahrt des Reiches beitragen und die Einheit Russlands befähigen werde.

Gleichzeitig mit dem Manifest sind Ukase veröffentlicht worden, welche die neuen Gesetze betreffend Bildung der Duma und des Reichsrates enthalten. Die Wahlmitglieder des Reichsrates werden für neun Jahre gewählt, alle drei Jahre finden für ein Drittel der Mitglieder Erneuerungswahlen statt. Jede Semstwoerversammlung in den Gouvernements wählt ein Mitglied. Sechs Mitglieder werden von den orthodoxen Synoden gewählt, sechs von den Vertretern der Akademie der Wissenschaften und der Universitäten, zwölf von den Vertretern der Handelsbörsen und der Industrie, 18 von den Vertretern des Adels und 6 von den als Kongress in Warschau zusammengetretenen Vertretern der Wissenschaft, des Adels, des Handels und der Industrie treten zur Wahl ihrer Mitglieder im Reichsrat in Petersburg zusammen. In den Provinzen des europäischen Russlands, wo keine Semstwoe bestehen, treten am Hauptorte der Provinz Kongresse der Vertreter der Grundeigentümer zusammen, um jeder ein Mitglied des Reichsrates zu wählen. Die Mitglieder des Reichsrates müssen 40 Jahre alt und im Besitze des Wählerrechts sein. Der Präsident und der Vize-

präsident des Reichsrates werden vom Kaiser ernannt. Die gemählten Mitglieder des Reichsrates erhalten während der Tagung eine Entschädigung von 25 Rubel pro Tag. Die Sitzungen des Reichsrates wie die der Duma sind öffentliche. Der Schluss der Debatte kann durch einfache Stimmenmehrheit beschlossen werden. Weder Reichsrat noch Duma haben das Recht, Deputationen zu empfangen oder Bittschriften entgegenzunehmen. Die Minister können Mitglieder der Duma sein und haben dann auch das Recht, ihre Stimme abzugeben. Die von beiden gesetzgebenden Körperschaften angenommenen Gesetze werden der Sanction des Kaisers durch den Präsidenten des Reichsrates unterbreitet. Die Mitglieder beider Körperschaften genießen während der Tagung persönliche Immunität und dürfen ohne vorherige Zustimmung des Reichsrates bzw. der Duma nicht verhaftet werden, ausgenommen wenn sie auf frischer Tat ertrapt werden oder wegen in Ausübung ihres Amtes begangener Vergehen.

Das russische Verkehrsministerium hat eine Kommission ernannt mit dem Auftrage, Vorschläge für die Vermehrung und Verbesserung der Transportmittel der hauptsächlichsten Linien des



Die Rache der Anarchisten. In Odessa wurde am Montag vom Alexander-Prospett in einen Laden, in dem sich die Polizei unlangst auf die Lauer gelegt hatte, um 2 Anarchisten zu verhaften, eine Bombe geschleudert. Das Geschoss richtete große Verwundungen an und verlegte den Besitzer des Ladens und einen Kommissar schwer. Die Täter entkamen. Am Montag drangen Anarchisten in eine Bäckerei ein, bemächtigten sich der Kaffe mit 150 Rubeln und entflohen damit. Als sie verfolgt wurden, schleuderte ein junges Mädchen, das sie begleitete, eine Bombe, durch die ein Vorübergehender tödlich verletzt wurde. Die Schuldigen entkamen.

In Tiflis wurde ein Kandidat der Kontrollkammer, der in einem Wagen 7000 Rubel, die er von dem Schahamt geholt hatte, fortbrachte, von drei Männern überfallen und durch Revolvergeschosse getötet. Die Verbrecher sind mit dem Gelde entkommen, doch wurde einer nachher getötet und einer gefangen genommen.

Politische Uebersicht.

Die Maroffs-Konferenz hatte am Montag eine Komiteesitzung. Entsprechend dem Geschäftsordnungsbeschluss der letzten Plenarsitzung wurde in eine vertrauliche Erörterung der Polizeifrage ein-